Jahresversammlung
der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft 1937, Chur

Bundesfinanzreform

Referate

Grundprobleme der Bundesfinanzreform

Von Priv.-Doz. Dr. Camille Higy, Bern

Ich habe die Ehre, in ihrem Kreise über das Problem der Bundesfinanzreform zu sprechen. Wer sich für die Behandlung eines derart vielseitigen, schwerwiegenden und politisch umstrittenen Problems auf eine kurze Kollegstunde zu beschränken hat, muss wohl einige Worte über den Charakter seiner Ausführungen vorausschicken, um Enttäuschungen vorzubeugen.

Julius Landmann, ein Name, der noch lange in der Erinnerung dieser Gesellschaft fortleben wird, hat in der ihm eigenen prägnanten Formulierung die beiden Betrachtungsweisen finanzpolitischer Fragen ungefähr wie folgt charakterisiert: Die eine Betrachtungsweise ist die des weltklugen, wenigstens in der Welt der Parteien und Fraktionen klugen Mannes, der in erster Linie nach möglichen parlamentarischen Majoritäten, nach der Stellungnahme der grossen Interessentengruppen fragt, um alsdann seine Postulate und Vorschläge der politischen Augenblicklage anzupassen. Die Berechtigung dieser realistischen Betrachtungsweise ist nicht zu bestreiten. Sie ist notwendig in einer parlamentarischen Demokratie. Aber nicht minder berechtigt ist auch die andere, die Betrachtungsweise desjenigen, der, keiner Partei für das parteimässige Quantum von Realismus verantwortlich, den Massstab der Forderung vom sachlich Notwendigen herleitet und im Glauben an das erstarkende Bewusstsein politischer Verantwortung und sozialer Verpflichtung sich auf die Zuversicht stützt, dass das Notwendige, das nach stoischer Weisheit niemals ein Übel sein kann, in einem lebenskräftigen Staate sich trotz augenblicklicher Schwierigkeiten und Hemmnisse durchsetzen wird.

Aus dem Umstand, dass die Schweizerische Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft das Bundesfinanzproblem auf ihre Traktandenliste gesetzt hat, werden Sie wohl ohne weiteres schliessen, dass ich die zweite Betrachtungsweise für meine Ausführungen wählen werde. Speziell hervorheben möchte ich, dass ich hier nicht als Vertreter des eidgenössischen Finanzdepartementes, in

dessen Dienst ich stehe, spreche. Ich ersuche Sie, meine Ausführungen als persönliche Meinungsäusserung zu werten.

Wer heute das Wort «Bundesfinanzreform» in die Diskussion wirft, erweckt damit sogleich eine bunte Welt der Vorstellungen und Hoffnungen. Mit dem Wort «Bundesfinanzreform» sind für den Einzelnen, je nach seiner persönlichen Einstellung, verbunden: Herstellung des Rechnungsgleichgewichts, Neuverteilung der Steuerlasten, vermehrte Subventionen, Abbau der Subventionen, Einsparungen, Verwaltungsreform, Tarifreform, Zollermässigungen, Sanierung der Bundesbahnen, Schaffung neuer Einnahmequellen für die Finanzierung vermehrter Sozialausgaben, Entschuldung der Landwirtschaft, Sanierung der Privatbahnen, Besoldungserhöhung, Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen. In erster Linie aber: Steuerentlastung. Dies ist ungefähr das Mosaik der finanzpolitischen Wünsche, Hoffnungen, Illusionen.

So zerfällt das Bundesfinanzproblem in eine Menge von Teilproblemen, von denen einzelne — für sich betrachtet — dem Hauptproblem an Ausmass und Schwere nicht nachstehen. Es braucht keiner langen Begründung, dass im Rahmen dieses Referates nicht auf sie eingetreten werden kann. So scheiden aus der heutigen Betrachtung vor allem aus: die Sanierung der S. B. B. und der Privatbahnen, die Sanierung der Alkoholverwaltung, die Sanierung der Pensionskassen, die Schuldentilgung. Dagegen möchte ich aus dem Problemkomplex drei Grundprobleme herausgreifen und in den Vordergrund stellen, drei Grundprobleme, in die schliesslich alle andern einmünden:

1. Die Gestaltung des Finanzbedarfes, der bestimmende Faktor der Finanzwirtschaft.
2. Das Steuerproblem, der bestimmende Faktor der Lastenverteilung.
3. Der Finanzausgleich, der bestimmende Faktor der kantonalen Souveränität und damit des schweizerischen Bundesstaates.

Der Finanzbedarf

Ausgangspunkt jeder finanzwirtschaftlichen Betätigung ist der öffentliche Bedarf, der Finanzbedarf. Erörterungen des Finanzproblem es beginnen deshalb im allgemeinen mit der Feststellung des Bedarfes. Ich glaube, dass Sie nicht enttäuscht sein werden, wenn ich davon absehe, Ihnen anhand eines reichhaltigen Zahlenmaterials die voraussichtliche Gestaltung des Finanzbedarfes des Bundes darzulegen. Im Rahmen unserer grundsätzlichen Betrachtungen ist dies auch nicht nötig. Es ist das Verhängnis vieler Finanzreformen, dass sie zu sehr durch den augenblicklichen Bedarf beeinflusst sind. Finanzreformen, die sich nicht schlechthin darin erschöpfen, das Rechnungsgleichgewicht für das nächste oder das übernächste Jahr sicherzustellen, müssen auf lange Sicht eingestellt sein. Sie können unter den heute rasch sich wandelnden Verhältnissen nur mit ganz vagen Schätzungen rechnen. Millionen spielen hier keine Rolle. Deshalb können auch wir uns auf die Frage beschränken: Werden wir in Zukunft mit einem abnehmenden, annähernd gleich bleibenden oder steigenden Finanzbedarf zu rechnen haben?

Das Gesetz der steigenden Staatsausgaben findet durch die Entwicklung der Ausgaben der öffentlichen Körperschaften in der Schweiz seine Bestätigung. Hat die Entwicklung ihren Kulminationspunkt erreicht? Die Frage ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Beurteilung der Aussichten jeder Finanzreform.

Ich bekenne mich persönlich zur skeptischen Ansicht, dass höchstens für Zeiten ausserordentlich günstiger Wirtschaftslage ein Abbau der Bundesausgaben zu erwarten sein wird. Es drängt sich aber auch die Frage auf, ob der Rückgang der sogenannten Krisenausgaben nicht durch vermehrte Ausgaben auf andern Gebieten kompensiert wird. Man denke beispielsweise an die ordentlichen Militärausgaben, die vermehrten Tilgungslasten, die sich aus der Wehranleihe, der Sanierung der Bundesbahnen und der Privatbahnen, der Pensionskassen, der Entschuldung der Landwirtschaft usw. ergeben. Man denke aber auch an die künftigen Soziallasten, die z. B. durch die zunehmende Veralterung unserer Bevölkerung entstehen.

Die wirtschaftliche Entwicklung, die bereits den Übergang vom Staatenbund zum Bundesstaat bestimmend beeinflusst hat, arbeitet unaufhörlich in der Richtung der Zentralisation. Die interventionistische Wirtschaftspolitik wird vermutlich eine weitere Stärkung der Zentralgewalt, aber auch eine vermehrte Beanspruchung ihrer Finanzen zur Folge haben.

Wie steht es aber mit den Sparmöglichkeiten? Der Ruf nach Einsparung wird stets erhoben, wenn das Rechnungsgleichgewicht gestört ist. Noch nie haben aber, wie die Erfahrung lehrt, Einsparungen für eine Finanzreform genügt. Die wesentlich ins Gewicht fallenden Ausgaben sind konjunkturell oder politisch bedingt. Als Irrtum erweist sich auch stets der Glaube, dass auf dem Wege der Reduktion der Verwaltungsausgaben wesentlich ins Gewicht fallende Einsparungen möglich seien. Ein Irrtum, der in der Hauptsache auf der Unkenntnis der Eigenart des Verwaltungsapparates beruht und im Zusammenhang steht mit der verbreiteten Meinung, dass sich gemeinwirtschaftliche Leistungen nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten werten lassen.

So glauben wir, dass die Staatsausgaben ihre bisherige Entwicklungstendenz nicht wesentlich ändern werden. Bestenfalls ist für die nächsten Jahre mit stationären Verhältnissen zu rechnen. Das heisst, dass wir uns mit jährlichen Bundesausgaben in der Höhe von mindestens 540 Millionen Franken abfinden müssen. Wir legen auf diesen Punkt besondern Wert, weil die Erfahrung lehrt, dass jede Finanzreform, die grundsätzliche Umlagerungen und Umstellungen zum Ziele hat, in erster Linie ein Zurückdrängen des Finanzbedarfes erfordert. Je weniger dies möglich ist, um so mehr macht sich das Schwergewicht des Bisherigen als Hemmnis geltend ¹⁾.

Mit dem Ansteigen der Bundesausgaben vollzog sich auch eine Umschichtung der Ausgaben, die zum Teil auf die interventionistische Wirtschaftspolitik zurückzuführen ist. Die aktive Konjunkturpolitik erfordert den Einsatz grosser staatlicher Mittel. Die Notwendigkeit einer konjunkturbeeinflussenden Finanz-

¹⁾ Vgl. Terhalle, Leitfaden der deutschen Finanzpolitik, 1936.

politik ist neuerdings auch von der begutachtenden Kommission für die Wirtschaftsgesetzgebung des Bundes bejaht worden ¹⁾. Unter strikter Betonung der Forderung nach Herbeiführung und Aufrechterhaltung des Gleichgewichts, einschliesslich Tilgungen, wird der Einsatz vermehrter Mittel für ausserordentliche und fest umgrenzte, durch die Krise verursachte Übergangsmassnahmen, zum Zwecke, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, gebilligt. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass für die betreffenden Aufwendungen innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes grössere laufende Tilgungen mit entsprechend laufender Deckung in Rechnung gestellt werden.

Die Notwendigkeit staatlicher Investitionstätigkeit in der Depression bleibt nicht ohne Rückwirkung auf die Finanzpolitik.

Die in der Krise eingesetzten Mittel, die in der Hauptsache durch Kreditaufnahmen gedeckt werden, sollen in der nachfolgenden Aufschwungsperiode getilgt werden. Auch die Wirtschaftskommission betont ausdrücklich die Pflicht vermehrter Schuldentilgung nach Überwindung der Krise. Der Skeptiker wird hier die Frage aufwerfen, ob die Rückzahlung der Krisenschulden in der jeweils folgenden Aufschwungsperiode möglich sei. Betrachtet man die Entwicklung der Ausgaben, so ist eine gewisse Skepsis berechtigt. Die Gefahr, dass uns nach jeder Krise ein Schuldenrest zu tragen peinlich bleibt, erscheint in verschiedener Hinsicht nicht unbedenklich. Die finanzpolitischen Erfahrungen der letzten Aufschwungsperiode sind äusserst lehrreich. Die Ausgaben von Bund und Kantonen sind stark gestiegen. Die durch die Kriegs- und Nachkriegskrise bedingte Schuldenlast ist nur teilweise abgetragen worden.

Dessen ungeachtet müssen wir uns mit dem für den Finanzhaushalt des Bundes äusserst wichtigen Problem der konjunkturbeeinflussenden Finanzwirtschaft und des staatskreditären Interventionismus befassen. Wir haben deshalb, um den Rahmen des einleitenden Referates nicht zu sprengen, das Problem: «Staatswirtschaft und Konjunktur» seiner Bedeutung entsprechend zum Gegenstand eines besondern Referates gemacht.

In Anbetracht der voraussichtlichen Gestaltung der Bundesausgaben und in Anbetracht der Mittel, die zur Bekämpfung kommender Krisen erforderlich sein werden, muss bei realistischer Betrachtungsweise mit der Möglichkeit der Erschliessung neuer Einnahmequellen oder wenigstens mit der Schaffung verfassungsmässiger Grundlagen für deren Einführung gerechnet werden, für den Fall, dass die bestehenden nicht ausreichen sollten. Eine Revision des Finanzartikels der Bundesverfassung wird dem Bund eine grössere Bewegungsfreiheit für die Beschaffung der Deckungsmittel gewähren müssen als die bisherige Fassung. Die Forderung scheint selbstverständlich. Sie ist aber derart wichtig, dass ein Hinweis sich dennoch nicht erübrigt. Ihre Nichtbeachtung führt bei der nächsten Krise mit grosser Wahrscheinlichkeit erneut auf den Weg des Fiskalnotrechts.

Wie für jede moderne Staatswirtschaft fallen für den Bund als Quelle zur Deckung eines bedeutenden Mehrbedarfes, wie ihn Krisen mit sich bringen, nur

¹⁾ Bericht der begutachtenden Kommission für Wirtschaftsgesetzgebung an das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement vom 4. Juni 1937.

Steuern und Kapitalaufnahmen in Betracht. Die Kapitalaufnahmen müssen ihrerseits durch Steuern verzinst und getilgt werden. Die nächstliegende Frage ist: Wer soll die neuen Lasten tragen? Sind neue Steuern tragbar? Die Frage leitet über zum Steuerproblem.

Das Steuerproblem

Wer sich die Antwort auf die Frage nicht mit bequemen Schlagworten leicht machen will, ist in einiger Verlegenheit. Die Steuerbelastung ist keine objektiv messbare Grösse, nicht ein bestimmter Prozentsatz des privaten Einkommens oder des Volkseinkommens, der nicht überschritten werden darf. Zweifellos gibt es eine obere Grenze, über die hinaus nicht ohne Schaden für die Steuermoral, die Wirtschaft, die Kapitalbildung, die Exportfähigkeit, den Anreiz zur Produktion und das Gewinnstreben, die treibende Kraft der Erwerbswirtschaft, gegangen werden darf. Diese Grenze ist jedoch fließend. Das, was der Bürger gemeinhin als Steuerlast empfindet, hängt von der Intensität des staatsbürgerlichen Pflichtgefühls ab. Der Bewusstseinsgrad der Mitverantwortung für den Staat entscheidet darüber, ob der Bürger dem Staat freiwillig gibt, was der Staat von ihm verlangt, oder ob er sich der Steuerpflicht teilweise oder ganz zu entziehen sucht. Wesentlich ist, ob er im Staat nur einen Kostenfaktor oder auch einen Leistungsfaktor erblickt. «Was wir Steuerdruck nennen,» sagt Landmann, «geht durch die Seele des Staatsbürgers hindurch».

Was die wirtschaftliche Auswirkung der Steuerbelastung betrifft, so ist die Höhe der Steuerleistung selbstverständlich kein genügendes Kriterium. Zu den beliebten Schlagworten der steuerpolitischen Diskussion gehört der Vergleich der heutigen Steuerlasten mit dem Zehnten, der unsere Vorfahren veranlasst habe, die Landvögte zu vertreiben. Eine ganz unhaltbare Argumentation, weil sie einseitig nur die Höhe der Steuerleistung, nicht aber auch die Verwendung der aufgebrachtene Steuergelder berücksichtigt. Gerade die Verwendung der Steuergelder ist bestimmend für die absolute Grenze der Steuerbelastung.

Die volkswirtschaftliche Wirkung einer Vermögenssteuer ist wesentlich verschieden, je nach der Verwendung des Ertrages für die Arbeitslosenfürsorge oder für die Schuldentilgung. Und deshalb kann auch die Gegenüberstellung von «Besitzsteuern» und «Verbrauchssteuern», die in der steuerpolitischen Diskussion in der Schweiz sehr häufig auftritt, kein vollständiges Bild der sozialen Lastenverteilung geben. Sie stellt zu sehr auf die Nahwirkung der Steuern ab. «Vom Standpunkt der Verteilung», sagt der englische Finanzwissenschaftler Pigou, «wäre es das beste, wenn man den ganzen Geldbedarf des Staates bei den Wohlhabenden decken würde, aber das wäre vom Standpunkt der Produktion so ungünstig, dass auch die ärmere Bevölkerung hierdurch schliesslich geschädigt würde».

Von grösster volkswirtschaftlicher Bedeutung sind die Wirkungen der Besteuerung auf die Kapitalbildung. Die irrtümliche Meinung, das Problem der Kapitalbildung sei eine Angelegenheit der Bankiers, der Kapitalisten oder des Kapitalismus, ist stark verbreitet. Tatsächlich handelt es sich um ein eminent

wichtiges volkswirtschaftliches und soziales Problem. Bei der Verteilung der Steuerlasten ist ihm grösste Beachtung zu schenken. Wir haben deshalb auch für das Problem «Besteuerung und Kapitalbildung» ein Spezialreferat vorgesehen, um ihm eine grundsätzliche Behandlung angedeihen lassen zu können.

Sie werden nun aber von mir endlich die Antwort auf die Frage erwarten: Ist unsere Volkswirtschaft steuerlich überlastet? Sind wir ungünstiger gestellt als das Ausland? Ich möchte mich zunächst zur letzteren Frage kurz äussern.

Man darf annehmen, dass die Steuerbelastung in den Nachbarstaaten höher ist als in der Schweiz. Unsere Industrie besitzt hier einen gewissen Vorsprung. Dieser Vorsprung geht aber bei den Rohstoffkosten und den Arbeitslöhnen wieder verloren. Der Unkostenfaktor «Steuern» erscheint in wesentlich anderem Lichte, je nachdem er für sich oder im Zusammenhang mit den übrigen Produktionskosten gewertet wird. Ich verweise hier auf die Untersuchungen der eidgenössischen Kommission für Konjunkturbeobachtung.

Wir wissen, dass für ein Unternehmen, das mit Verlust arbeitet, die Entrichtung einer hohen Vermögens- oder Kapital- oder Grundsteuer eine grosse Härte bedeutet. Wir wissen, dass für einen Kleinrentner, der von seinem Kapitaleinkommen von Fr. 2000 Fr. 500 an den Fiskus abgeben muss, die Steuerlast drückend ist. Wir wissen, dass in vielen Kantonen die kleinen und kleinsten Arbeitseinkommen mit verhältnismässig hohen Beträgen belastet werden. Wir wissen, dass jede Steuererhöhung und jede neu eingeführte Steuer Härten zur Folge haben, dass stets eine Anzahl Grenzproduzenten ausgeschaltet wird. Aber diese Erkenntnis genügt noch lange nicht, um die Frage zu beantworten, ob wir das Maximum des Tragbaren erreicht haben. Wenn wir uns nicht mit einem stark gefühlsmässig bedingten Urteil begnügen wollen, so müssen wir ehrlich bekennen: Wir können die Frage nicht beantworten. Gegen die Annahme einer steuerlichen Überlastung spricht vielleicht der Umstand, dass wir bisher die Frage überhaupt noch nie gründlich abzuklären versucht haben.

Bekanntlich hat der englische Fiskus infolge des Krieges seinen Steuerpflichtigen ausserordentlich schwere Opfer auferlegt. Die Frage war deshalb naheliegend, ob die hohen Steuerlasten und die gewaltig angestiegene öffentliche Schuld nicht die Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands bildeten. Eine Kommission aus Wissenschaftern und Praktikern wurde 1924 mit der eingehenden Prüfung der Frage beauftragt. Sie kam zum Ergebnis, dass die Ursachen auf andern Gebiete liegen müssten. Ich möchte nicht missverstanden werden. Ich möchte mit dem Beispiel nicht sagen, dass eine schweizerische Kommission zu einem analogen Befund käme. Ich wollte anhand des Beispiels nur zeigen, wie ausserordentlich gross die Gefahr einer Täuschung ist, wenn die Frage der Steuerbelastung und der Steuerwirkung rein gefühlsmässig beurteilt wird.

Der Stand unserer Wirtschafts- und Finanzstatistik gestattet uns zur Zeit nicht, die Steuerwirkungen in ihren mannigfaltigen Verästelungen zu verfolgen. Dieser Mangel trägt vielleicht nicht unwesentlich dazu bei, dass in der politischen Diskussion beinahe ausschliesslich auf die Nahwirkung der Besteuerung ab-

gestellt wird, z. B. bei den Zöllen oder der Umsatzsteuer, deren Einführung schon verschiedentlich erwogen worden ist.

Unser Urteil über die Belastung durch Vermögens- und Einkommenssteuern stützt sich hauptsächlich auf die jährlichen Feststellungen der eidgenössischen Steuerverwaltung über die Höhe des Steuerbetrages, den ein Steuerpflichtiger mit bestimmtem Einkommen und Vermögen in den grössern Gemeinden der Schweiz nach Gesetz entrichten muss. Diese Statistik gibt wertvolle Anhaltspunkte, vor allem über die Bewegung des Belastungsniveaus. Sie gibt auch Anhaltspunkte für die Beurteilung der Steuerleistungen der unselbstständig Erwerbenden, die mehr oder weniger gezwungen sind, zu bezahlen, was der Gesetzgeber ihnen zugedacht hat. Das Bild der Steuerleistungen der selbstständig Erwerbenden ist dagegen weniger wirklichkeitsgetreu. Einerseits sind die Ursachen methodologischer Art, andererseits können wir nur feststellen, was der Pflichtige nach Gesetz bezahlen müsste, nicht aber, was er effektiv bezahlt. Wir haben zahlenmässig festgestellt, dass der durchschnittliche Ertrag eines Wertschriftenvermögens in einigen Kantonen beinahe zur Hälfte weggesteuert wird. Liegt der Ertrag unter dem Landesmittel, so ist die Belastung noch höher. Die Frage ist naheliegend: handelt es sich hier nicht nur um theoretische Zahlen? Besteht nicht die Möglichkeit der Steuerhinterziehung? Wird von ihr nicht in starkem Masse Gebrauch gemacht?

Auf Grund des uns zur Verfügung stehenden spärlichen statistischen Materials müssen wir annehmen, dass nicht zu unterschätzende Vermögens- und Einkommensbeträge der Besteuerung entzogen werden. Der Betrag kann selbstverständlich nicht in Millionen oder Milliarden angegeben werden. Es ist besonders Prof. Grossmann, der in das Dunkel der Steuerhinterziehung hineingeleuchtet hat.

Zweifellos würden die Bekenntnisse der 21 000 reuigen Steuersünder, die die Steueramnestie im Kanton Zürich hervorgebracht hat, interessante Einblicke in die Welt der Steuerhinterziehung gewähren ¹⁾. Bereits die Tatsache an sich, dass in einem Kanton, der mit einem ausgebauten Steuererhebungsapparat arbeitet, wie ihn kein anderer Kanton besitzt, 21 000 Steueramnestiebegehren eingereicht werden, wirft ein Schlaglicht auf die Steuermoral unseres Landes.

Wenn sichere Anzeichen dafür sprechen, dass die vorhandenen Steuerquellen noch nicht genügend ausgeschöpft werden, so ist ein Verzicht auf die Einführung neuer Steuern gegeben. Dagegen stellt sich um so dringlicher die Forderung nach einer Verbesserung der Steuerveranlagung. Das Kernproblem besteht heute nicht in der Einführung neuer Steuern und in der Erhöhung der Steuersätze, sondern in einer bessern Erfassung der Steuerwerte.

¹⁾ Nach einer Mitteilung der kantonalen Finanzdirektion vom Sommer 1937 sind insgesamt rund 21 000 Amnestiebegehren eingegangen. Es ergaben sich zum Teil erhebliche, zum Teil auch nur geringfügige Vermehrungen im steuerpflichtigen Einkommen und Vermögen. Eine grosse Anzahl Begehren weist keine Veränderungen in den Einschätzungsgrundlagen auf. Sie sind nur abgegeben worden, um der späteren Aufdeckung und Ahndung zurückliegender Steuerhinterziehungen vorzubauen.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass es vielleicht leichter ist, eine neue Steuer einzuführen, als die Durchführung eines bestehenden Steuergesetzes, das bisher milde gehandhabt worden ist, zu verschärfen. Den Steuerbehörden erwächst eine schwierige Aufgabe, die ein reichliches Mass an Geduld, Takt und Verständnis für den Steuerpflichtigen erfordert, besonders in Zeiten steigender Steuerlasten. Mit einem primitiven Fiskalismus wird das Ziel nicht erreicht. Zweifellos kann die Steuerhinterziehung bei veranlagten Steuern durch eine Verbesserung der Steuerkontrolle bis zu einem gewissen Grade eingeschränkt werden. Dem Aktivum, den vermehrten Einnahmen der Staatskasse, steht jedoch als schwerwiegendes Passivum die Verärgerung des Bürgers gegenüber, der das Empfinden hat, durch den Fiskus ausgesogen zu werden. Ein Faktor, dem in einer Referendumsdemokratie ganz besondere Bedeutung zukommt. Der Steuerpflichtige wird vielleicht seiner Verärgerung über die verschärfte Anwendung des Steuergesetzes auch bei Abstimmungen über nichtfiskalische Vorlagen Ausdruck geben und dadurch die gesetzgeberische Tätigkeit erschweren oder sogar verunmöglichen. So wird die Bekämpfung der Steuerhinterziehung zu einem staatspolitischen Problem.

Die Erkenntnis, dass trotz der Verbesserung der Steuerveranlagung, die zum Teil auf den Einfluss der eidgenössischen Kriegsteuer und der Krisenabgabe zurückzuführen ist, vermutlich noch immer bedeutende Beträge hinterzogen werden, hat erneut zur Prüfung der Besteuerung an der Quelle geführt. Es handelt sich dabei nicht um eine besondere Steuerart, sondern um eine besondere Methode der Steuererhebung, wie sie beispielsweise bei der eidgenössischen Couponsteuer oder neuerdings beim Basler «Arbeitsrappen» zur Anwendung kommt. Das Wesentliche dieser besonders durch die Anwendung bei der englischen Einkommenssteuer berühmt gewordenen Erhebungsmethode besteht darin, dass die Steuer vom Einkommen abgezogen wird, bevor dasselbe in die Tasche des Empfängers fliesst, bevor es, streng genommen, überhaupt Einkommen wird.

Die Prüfung der Frage ergab jedoch, dass bei der zur Zeit geltenden schweizerischen Steuerverfassung, die durch eine weitgehende Dezentralisation des Steuerwesens gekennzeichnet ist, bei der Kleinheit der Kantonsgebiete und bei dem geltenden Wohnortsprinzip die Erhebung an der Quelle sich nur in sehr beschränktem Masse verwirklichen lässt. Die politische bedingte Rücksichtnahme auf die föderalistische Steuerverfassung der Schweiz ist eines der grössten Hindernisse für einen einfachen, übersichtlichen Aufbau des Steuersystems und eine rationelle Erfassung der Steuerquellen.

Der Föderalismus ist unbestreitbar eine Grundbedingung für die staatliche Existenz der Schweiz. Unverständlich ist mir jedoch, dass diese staatliche Existenz davon abhängen soll, dass der Bürger in einem Kanton sein ganzes Vermögen, im Nachbarkanton dagegen nur einen Bruchteil versteuern muss, obwohl er nach Gesetz in beiden Kantonen gleich zu taxieren wäre. Es ist menschlich verständlich, nichtsdestoweniger aber abzulehnen, dass aus dieser privaten Portemonnaiefrage eine staatspolitische Angelegenheit gemacht wird.

Wir betreten damit bereits das politische Kampfgebiet: Zentralismus oder Föderalismus, oder im engern Sinne das Gebiet des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen.

Der Finanzausgleich

Im allgemeinen wird das Finanzausgleichsproblem auf die Verteilung der Steuerquellen beschränkt. In der steuerpolitischen Diskussion wird das Problem häufig auf die einfache Formel gebracht: Soll dem Bund gestattet werden, eine direkte Bundessteuer zu erheben? Diese Fassung des Problems ist zu eng. Unter Finanzausgleich im weitern Sinne ist die Gesamtheit der finanziellen Wechselbeziehungen zwischen Bund und Kantonen, wie sie sich aus dem staatsrechtlichen Aufbau der Schweiz und den wirtschaftlichen Verschiedenheiten der Kantone notwendigerweise ergeben, zu verstehen. Der Verteilung der Steuerquellen kommt dabei allerdings eine besondere Bedeutung zu. Daneben fällt nicht weniger schwer die Regelung der Subventionen ins Gewicht, d. h. der Beiträge, die der Bund den Kantonen für die Erfüllung bestimmter Aufgaben überweist.

Es ist eine bekannte, hier nicht näher zu erörternde Tatsache, dass sich die Steuerkraft unter dem Einfluss der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung einseitig verlagert hat. Die Steuerkraft ist heute besonders in den industriellen Kantonen und innerhalb dieser Kantone in den städtischen Zentren konzentriert. Diese Eigenheit der Verteilung der Steuerkraft bedingt, dass einzelne Kantone dem Bund, seit er direkte Bundessteuern erhebt, in Form dieser Steuern mehr abgeben, aber in Form von Subventionen weniger bekommen als andere. Dies entspricht durchaus dem Sinn und Zweck des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen. Beim Finanzausgleich handelt es sich im Grunde genommen um die Übertragung des sozialen Prinzips auf eine Gemeinschaft öffentlich-rechtlicher Korporationen. Darum ist der Finanzausgleich kein Handel, kein Geschäft, das nach Gewinn und Verlust bewertet werden kann.

Bei einigen Kantonen, es sind besonders Stadtkantone, besteht heute das Empfinden, dass sie durch ihre Steuerüberweisungen an den Bund gegenüber andern Kantonen benachteiligt sind. Die geringere Leistung der letzteren Kantone wird zum Teil auf die laxere Steuereinschätzung zurückgeführt. Die unzufriedenen Kantone geben zu, dass ihre Steuerkraft über dem Landesmittel liegt, sie machen jedoch geltend — und mit Recht —, dass ihnen aus den besondern, wirtschaftlichen und demographischen Verhältnissen auch besondere Lasten erwachsen. Ihre Kritik stützt sich hauptsächlich auf die zahlenmässig erwiesene Tatsache, dass die Kantone, die, pro Kopf der Bevölkerung berechnet, die kleinsten Steuerbeträge an den Bund abliefern, verhältnismässig am meisten Subventionen erhalten.

So bestehen zwischen dem Steuerproblem und dem Subventionsproblem sehr enge Zusammenhänge. Gibt es eine Lösung? Die Lösung wird durch die hochgespannten Erwartungen erschwert. Jeder Kanton will durch eine Reform des Finanzausgleichs irgendwie gewinnen.

Falls die Begehren der Stadtkantone als berechtigt erachtet werden, wäre beispielsweise eine Lösung auf folgender Grundlage zu erwägen:

Der Anteil der Kantone an der direkten Bundessteuer, die heute Krisenabgabe, morgen vielleicht Tilgungssteuer heisst, beträgt einheitlich 40 %. Hier hätte die Reform einzusetzen. Ein Nachteil der direkten Bundessteuer ist darin zu erblicken, dass für die ganze Schweiz einheitliche Steuersätze zur Anwendung kommen. Auf die Inanspruchnahme des Pflichtigen durch kantonale und kommunale Steuern kann somit keine Rücksicht genommen werden. Um indirekt einen gewissen Ausgleich zu schaffen, wäre eine einfache Abstufung des kantonalen Anteils nach der Steuerbelastung der einzelnen Kantone vorzunehmen, z. B. in der Weise, dass Kantone mit höchster Belastung 40 %, Kantone mit niedrigster Belastung nur 10 % Anteil an der Steuer überwiesen erhalten. Die Kantone mit Maximalanteil könnten vielleicht ihre kantonalen Steuern etwas ermässigen, sicher müssten aber die Kantone mit reduziertem Anteilssatz ihre Steuern erhöhen, um den Ausfall zu decken. Dadurch ergäbe sich eine mässige Nivellierung der Steuerbelastung.

Die Bewertung der Steuerbelastung müsste in der Hauptsache auf der Belastung durch Vermögens- und Einkommenssteuer basieren. Daneben wäre aber auch der Ausbau des Steuersystems, z. B. die Erbschaftssteuern etc. zu berücksichtigen. Für die Bewertung liess sich ein einfaches Punktsystem aufstellen. Selbstverständlich darf nicht nur auf die theoretische Belastung abgestellt werden. Es muss auch der verschiedenen Steuerpraxis Rechnung getragen werden. Dieser Punkt scheint auf den ersten Blick ausserordentliche Schwierigkeiten zu bieten. Natürlich kommt eine Klassifikation der Kantone nach der Steuermoral nicht in Frage. Man könnte jedoch auf die für die Einschätzung geltenden gesetzlichen und administrativen Bestimmungen abstellen: Besitzt ein Kanton die amtliche Inventarisierung? Verlangt er den obligatorischen Lohnausweis? Verlangt er Einreichung eines Wertschriftenverzeichnisses? Verlangt er den Schuldennachweis? etc.

Auch für die Bewertung der Steuerpraxis liess sich ein Punktsystem aufstellen. Ebenso könnte die Urbanisierung auf einfache Weise berücksichtigt werden. Unüberwindliche technische Schwierigkeiten bestehen keine.

Wir möchten nicht verhehlen, dass eine solche Reform einzelnen Kantonen eine Einbusse bringen würde, so dass ihre Verwirklichung auf politische Widerstände stossen dürfte. Es wird überhaupt ausserordentlich schwierig sein, am bestehenden Anteilssystem Änderungen vorzunehmen.

Etwas günstiger sind die Aussichten für eine Differenzierung der Subventionen, die der Bund an die Kantone ausrichtet. Auch hier wäre eine Abstufung der Ansätze nach der Höhe der Steuerbelastung in einzelnen Fällen denkbar. Gewisse Ansätze für eine solche Regelung finden sich bereits heute bei den Subventionen für die Krisenunterstützung. Kantone mit höchster Steuerbelastung würde der Maximalansatz, Kantone mit niedriger Steuerbelastung dagegen nur der Minimalansatz gewährt. Das System soll ausgleichend und erzieherisch wirken. Die Kantone sollen veranlasst werden, sich selbst zu helfen durch Steuererhöhungen, Ausbau des Steuersystems, Verbesserung der Steuerpraxis,

bevor sie den Bund in Anspruch nehmen. Die finanzielle Selbständigkeit vieler Kantone ist heute illusorisch. Nicht wegen der direkten Bundessteuern, die der Bund seit 22 Jahren erhebt, sondern wegen der Bundessubventionen, ohne die der Finanzhaushalt einzelner Kantone nicht mehr denkbar wäre.

Bei einer Reihe von Subventionen wäre zu prüfen, ob nicht eine bessere Verteilung nach den wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen der einzelnen Kantone gerechtfertigt erscheint. Dabei könnten die von einzelnen Kantonen aufgestellten Verteilungsgrundsätze für die Subventionen an die Gemeinden wertvolle Fingerzeige geben.

Das in grossen Zügen skizzierte Finanzausgleichssystem setzt allerdings voraus, dass der Bund auch in Zukunft eine sogenannte direkte Bundessteuer mit Anteilsrecht der Kantone erhebt.

Um die Beibehaltung oder Aufhebung der direkten Bundessteuer geht seit Jahren der steuerpolitische Kampf: Hie Föderalismus, hie Zentralismus. Das ungeschmälerete Recht, Steuern vom Einkommen und Vermögen zu erheben, gilt den Kantonen als wesentliche Voraussetzung ihrer finanzpolitischen Selbständigkeit und damit ihrer Existenz als souveräne Staaten. Die Finanzwissenschaft hat das Problem der direkten Bundessteuer nicht unter staatspolitischen, sondern vorwiegend unter steuerwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten.

Bei einer solchen Betrachtungsweise kann man die Nachteile einer direkten Bundessteuer in Kürze wie folgt zusammenfassen:

Eine direkte Bundessteuer kann sich den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Kantone zu wenig anpassen. Besonders in der Form der allgemeinen Einkommenssteuer eignet sie sich für die Mehrzahl der Kantone nicht. Sie wirkt in den kantonalen Steuersystemen als Fremdkörper. Dadurch, dass sie den kantonalen und kommunalen Steuern ohne Rücksicht auf deren Höhe aufgefropft wird, ergibt sich für Kantone mit scharf progressiven Steuern und ausgebautem Steuererhebungsapparat die Gefahr einer steuerlichen Überspannung, die zu einer Abwanderung des Steuerkapitals in Kantone mit mässigeren Steuersätzen und laxerer Steuerpraxis führen kann. Durch die nicht zu vermeidenden Verschiedenheiten in der Steuerveranlagung entsteht bei vielen Steuerpflichtigen das Gefühl, dass sie im Verhältnis zu ihren Leidensgenossen in andern Kantonen zu hoch belastet seien. Verstimmung und sinkende Steuermoral können die Folge sein.

Dieser reichhaltigen Liste von Nachteilen stehen auch Vorteile gegenüber. Der erzieherische Wert der direkten Bundessteuern für das kantonale Taxationsverfahren ist nicht zu verkennen.

Der fiskalische Erfolg der direkten Bundessteuern hat die Erwartungen übertroffen.

Die direkten Bundessteuern stellen wohl einen Eingriff in das traditionelle Steuerhoheitsgebiet der Kantone dar, ihr fiskalischer Ertrag spielt jedoch im Finanzhaushalt der Kantone seit 1915 dank dem kantonalen Anteilsrecht eine nicht zu unterschätzende Rolle. Besonders der Wegfall der Krisenabgabe würde nicht nur im Finanzhaushalt des Bundes, sondern auch der Kantone eine

empfindsame Lücke reissen. Die fiskalische Bedeutung, welche die Krisenabgabe heute im kantonalen Finanzhaushalt spielt, geht auch deutlich daraus hervor, dass einzelne Kantone Zuschlüsse beschlossen haben, die zeitlich über die für die Krisenabgabe vorgesehene Erhebungsdauer hinaus bezogen werden sollen.

Je nach der Einstellung zum Problem der Steuergerechtigkeit wird man geneigt sein, den direkten Bundessteuern zugute zu halten, dass sie das Schwergewicht der Lastenverteilung auf die grösseren Einkommen und Vermögen verlegt haben, wie dies besonders bei der Krisenabgabe zum Ausdruck kommt. Hier erinnern wir uns an die Äusserung Pigous, dass die unter sozialen Gesichtspunkten gerechteste Steuer nicht immer die volkswirtschaftlich beste ist.

Finanzwissenschaftlich betrachtet ist unter den gegebenen Verhältnissen eine direkte Bundessteuer keine ideale Lösung. Persönlich glaube ich jedoch nicht, dass eine kommende Bundesfinanzreform die bis 1915 geltende Kompetenzausscheidung nach der simplen Formel: Die direkten Steuern den Kantonen, die indirekten Steuern dem Bund, sofort wieder herstellen kann. Einen wesentlichen Nachteil der direkten Bundessteuer in ihrer üblichen Ausgestaltung, die Gefahr der Überspannung der Steuersätze und die sich hieraus eventuell ergebenden unerwünschten Wirkungen auf die Kapitalbildung, lässt sich dadurch abschwächen, dass der Steuerertrag zu Tilgungszwecken verwendet wird. Finanzwissenschaftlich betrachtet erscheint die Erbschaftssteuer als die geeignetste Tilgungssteuer. Eine Bundeserbschaftssteuer stösst jedoch heute auf grössere Ablehnung seitens der Kantone als unmittelbar nach dem Kriege. Mit der Bundeserbschaftssteuer müsste gleichzeitig auch die amtliche Inventarisierung allgemein eingeführt werden. Gegen diese Institution besteht jedoch in vielen Kantonen noch immer eine grosse Abneigung.

Bei Prüfung der Frage, ob sich nicht eine Lösung finden liesse, welche die Vorteile der direkten Bundessteuer besitzt, ihre Nachteile jedoch vermeidet, bin ich auf den Gedanken einer Modernisierung der Kontingente, wie sie in Art. 42, lit. f, der Bundesverfassung vorgesehen sind, gekommen¹⁾.

Art. 42, lit. f, der Bundesverfassung nennt als Einnahmequelle des Bundes: Beiträge der Kantone, deren nähere Regulierung, vorzugsweise nach Massgabe der Steuerkraft derselben, der Bundesgesetzgebung vorbehalten ist. Für den Fall der Anwendung dieser Verfassungsbestimmung stellte die Bundesversammlung 1851 und 1875 Verteilungsgrundsätze auf, die sogenannte Geldskala. Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob die Kontingente eine veraltete Institution darstellten, der von vorneherein keine Existenzberechtigung mehr zukomme.

Gelegentlich wird geltend gemacht, dass die Kontingente seit Bestehen des Bundesstaates nur einmal, 1849, erhoben wurden, woraus sich klar ergebe, dass sie überlebt seien. Dieser Einwand übersieht, dass bis zum Weltkrieg die Erhebung der Kontingente wie auch einer direkten Bundessteuer nicht notwendig war, weil der Bund in den Zöllen über eine reichlich fliessende Einnahmequelle verfügte, während die Kantone Mühe hatten, ihre direkten Steuern

¹⁾ Vgl. C. Higy: Die Bundesfinanzreform und Art. 42, lit. f, der Bundesverfassung. Festgabe F. Fleiner. Zürich 1937.

ertragsreicher zu gestalten. Dass sich 1915 die Bundesversammlung für die direkte Bundessteuer entschlossen hat, erklärt sich aus dem Fehlen eines befriedigenden Verteilungsschlüssels, aus der Grösse des zu deckenden Bedarfes und der Schwierigkeit der Aufbringung der Beiträge seitens der Kantone bei dem damaligen Stand der Steuergesetzgebung. Auch liess die allgemeine Lage ausserordentliche Massnahmen als gerechtfertigt erscheinen. Dazu kam, dass seit Einführung des kantonalen Finanzreferendums die Aufbringung des Kontingents fragwürdig geworden war, weil damit gerechnet werden musste, dass der Souverän in einzelnen Kantonen die nötigen Mittel nicht bewilligen würde.

Gelegentlich wird gegen die Kontingente der Einwand erhoben, dass es ein Widerspruch sei, Beiträge von den Kantonen zu erheben, während den Kantonen vom Bund bedeutende Beträge in Form von Subventionen und Anteilen an bundesgesetzlich geregelten Einnahmen zufließen. Auch dieser Einwand ist nicht stichhaltig, denn der gleiche Kreislauf entsteht, wenn der Bund eine direkte Bundessteuer erhebt, die von den Kantonen einkassiert und an die Bundeskasse abgeliefert wird. Gerade in den seit dem Kriege gewaltig angewachsenen Subventionen und Anteilen sehen wir einen Grund, die Frage der Kontingente heute aufzurollen.

Die praktische Anwendung der Kontingentsbestimmung der Bundesverfassung steht und fällt mit der Möglichkeit einer befriedigenden Erfassung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Kantone und der Möglichkeit, gegebenenfalls die festgesetzten Kontingente mit Bundessubventionen und Anteilen zu verrechnen. Diese Voraussetzungen sind heute gegeben, während sie früher fehlten. Unter heutigen Verhältnissen sehen wir Möglichkeiten einer Lösung auf folgender Basis:

1. Periodisch wird eine Taxation des Einkommens und des Vermögens nach den Grundsätzen der zur Zeit erhobenen eidgenössischen Krisenabgabe vorgenommen. Das Taxationsergebnis dient als Bemessungsgrundlage für die Verteilung des Kontingents auf die einzelnen Kantone. Dabei bestände die Möglichkeit, das Grundkontingent der einzelnen Kantone zu erhöhen oder zu reduzieren, indem der Steuerbelastung, der Bevölkerungsverteilung, der Finanzlage etc. Rechnung getragen wird.

Durch einen solchen Verteilungsschlüssel würden die Kontingente der direkten Bundessteuer angenähert. Die Regelung hätte allerdings den Nachteil, dass die einzelnen Kantone an einer vollständigen Erfassung der Steuerwerte nicht interessiert wären und dass die periodische Ermittlung der Steuerfaktoren in der Hauptsache nur statistischen Zwecken dienen würde. Immerhin ist damit zu rechnen, dass einzelne Kantone die eidgenössische Krisenabgabe als kantonale Steuer weiterführen würden.

2. Die Ermittlung der steuerlichen Leistungsfähigkeit erfolgt auf Grund vorliegender statistischer Zahlen: Wohnbevölkerung, Bevölkerungsdichte, wirtschaftliche Struktur etc.

Die Möglichkeit, einen befriedigenden Verteilungsschlüssel zu finden, muss noch eingehend geprüft werden. Wichtig scheint uns, dass eine gefühls-

mässige Klassifikation der Kantone, wie sie bei der alten Geldskala vorgenommen wurde, vermieden wird. Das Kontingent der einzelnen Kantone muss auf einwandfreier und leicht kontrollierbarer statistischer Grundlage berechnet werden, so dass jede Klassifikation der Kantone «nach einem gewissen Takte» oder «juryartig», wie sich die nationalrätliche Kommission von 1851 ausdrückte, ausser Frage steht. Diese Aufgabe ist heute, nachdem der Bund seit 1915 direkte Bundessteuern erhebt und die Statistik ausgebaut worden ist, bedeutend leichter als früher.

Für die Überweisung des Kontingents an die Bundeskasse bestehen wiederum verschiedene Möglichkeiten.

a) Es findet keine Überweisung statt. Das Kontingent wird mit Bundessubventionen und Anteilen an bundesgesetzlich geregelten Einnahmen verrechnet. Diese Variante wäre grundsätzlich die einfachste. Die praktische Durchführung dürfte jedoch auf gewisse Schwierigkeiten stossen.

b) Die Kantone haben das Kontingent an den Bund abzuliefern. Bei Kantonen, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, müsste eine dem Kontingent entsprechende Kürzung der Subventionen und Anteile stattfinden.

c) Den Kantonen wird freigestellt, das Kontingent abzuliefern oder mit Bundessubventionen und Anteilen verrechnen zu lassen.

Bei allen Varianten wäre den Kantonen freigestellt, wie sie die Mittel für das Kontingent oder — im Verrechnungsfalle — für den entstandenen Ausfall an Subventionen und Anteilen aufbringen wollen. Sie können zu diesem Zwecke die eidgenössische Krisenabgabe als kantonale Steuer weiterführen oder die kantonalen Steuern erhöhen und ausbauen oder ihre Ausgaben einschränken.

Die Verteilung des Kontingents auf Grund der Taxation nach den für die Krisenabgabe geltenden Grundsätzen ist technisch nicht leicht durchzuführen, hätte aber den Vorteil, dass den Kantonen die Weiterführung der eidgenössischen Krisenabgabe, die im Finanzhaushalt der Kantone eine bedeutende Rolle spielt (Ertragsanteil, kantonale Zuschläge) erleichtert würde, falls der Bund auf ihre Erhebung verzichten kann.

Den Kontingenten liegt steuerpolitisch der Gedanke zugrunde, die Konkurrenzierung der Kantone durch den Bund auf dem Gebiete der direkten Steuern vollständig zu vermeiden. Seine Verwirklichung ist nicht nur für die Erhaltung der finanziellen Selbständigkeit der Kantone, die heute stark in Frage gestellt ist, wichtig, sondern er würde auch für die Verteilung der Steuerlasten von grosser Bedeutung sein.

Ein Nachteil der direkten Bundessteuer besteht zweifellos darin, dass für die ganze Schweiz einheitliche Steuersätze zur Anwendung kommen müssen. Auf die Inanspruchnahme des Pflichtigen durch kantonale und kommunale Steuern kann keine Rücksicht genommen werden. Durch eine stark progressive Bundessteuer, die ohne Rücksicht auf die kantonale Progression den kantonalen Steuern aufgefropft wird, werden die Ungleichheiten der Steuerbelastung wesentlich verschärft und die Gefahr der Steuerflucht vergrössert. Da bei der Bemessung der Kontingente der kantonalen Steuerbelastung Rechnung getragen

werden kann und ausserdem jedem Kanton die Möglichkeit gelassen ist, nach eigenem Ermessen die Mittel zu beschaffen, wird die Gefahr einer Überspitzung der Steuerbelastung abgeschwächt. Diesem Vorteil des Kontingentssystems ist eine erhebliche steuerpolitische Bedeutung beizumessen.

Wird das Kontingentssystem nicht ausschliesslich zur Deckung eines bestimmten Ausgabenbetrages, wie z. B. die Verzinsung und Tilgung der ausserordentlichen Wehrausgaben, verwendet, sondern allgemein für die Defizitdeckung reserviert, so ergeben sich gegenüber der direkten Bundessteuer weitere Vorteile finanzpolitischer Natur.

Seit dem Kriege macht sich allgemein die Tendenz einer Lastenverschiebung bemerkbar. Die Gemeinden suchen die Kantone, die Kantone den Bund zu vermehrten Leistungen zu verpflichten. Das Finanzausgleichsproblem erschöpft sich nicht in der Neuverteilung der Steuerquellen zwischen Bund und Kantonen. Ebenso wichtig ist, dass den Bestrebungen, den Bund mit Aufgaben zu belasten, die ihrer Natur nach nicht in sein Tätigkeitsgebiet gehören, eine Schranke gesetzt wird.

Je kleiner ein Gemeinwesen ist, um so leichter kann der Bürger die Finanzgebarung überblicken, um so eher ist er in der Lage, die Rückwirkung neuer Aufgaben auf das Budget und den Steuersatz zu beurteilen. Beim Bund geht ihm der Überblick verloren. Die Rückwirkungen der indirekten Steuern, die der Bund hauptsächlich erhebt, kommen ihm weniger zum Bewusstsein. Das Verantwortungsgefühl gegenüber dem Bund ist deshalb im allgemeinen auch schwächer entwickelt.

Eine direkte Bundessteuer vermag in dieser Hinsicht nicht erzieherisch zu wirken. Sie wird stets nur eine kleine Zahl von Personen belasten. Hierzu kommt, dass auch die Kantone an der direkten Bundessteuer, die ihnen unabhängig vom kantonalen Finanzreferendum bedeutende Einnahmen liefert, stark interessiert sind.

Beim Kontingentssystem ist die Sachlage anders. Die Kantone müssen die Kontingente in der Hauptsache durch direkte Steuern decken. Bei kantonalen Steuern ist der Kreis der Pflichtigen stets bedeutend grösser als bei einer Bundessteuer. Dementsprechend werden auch mehr Personen von der Ausgabengestaltung direkt berührt. Die kantonalen Behörden ziehen von der Erhöhung der Kontingente keine Vorteile, während ihnen vielleicht eine Erhöhung der Bundessteuer nicht unerwünscht ist, weil dadurch gleichzeitig ihr Anteil grösser wird.

Das Kontingentssystem kommt der kantonalen Forderung nach vermehrter finanzpolitischer Selbständigkeit entgegen. Die Kantone haben ihrerseits eine entsprechend grössere Verantwortung zu übernehmen. Sie müssen aus eigenen Mitteln den Kontingentsbetrag aufbringen oder die durch die Verrechnung mit Subventionen und Anteilen entstandene Lücke ausfüllen. Sind sie dazu ausnahmslos im Stande? Das ist unseres Erachtens das Kernproblem des Kontingentssystems.

Der Gedanke, die Institution der Kontingente grundsätzlich beizubehalten, ist in der Hauptsache auf die Erkenntnis zurückzuführen, dass eine Neuordnung der finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Kantonen

notwendig geworden ist. Die Kontingente könnten diese Aufgabe innerhalb gewisser Grenzen erfüllen, indem sie einerseits eine Ausscheidung der Steuerkompetenzen im Sinne der kantonalen Forderungen ermöglichen, anderseits im Effekt einem Abbau der Subventionen und Anteile gleichkommen. Man darf deshalb das Kontingentssystem nicht einseitig unter steuerpolitischen oder steuertechnischen Gesichtspunkten beurteilen. Dass die Kontingente in modernisierter Form berufen sind, im Finanzsystem des Bundes eine neue Funktion auszuüben, war auch die Meinung des kürzlich verstorbenen Staatsrechtslehrers F. Fleiner, der in ihnen einen Weg erblickte, der aus dem gegenwärtigen Chaos zu einem vernünftigen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen führen könnte.

* * *

Sie haben vielleicht den Eindruck, dass meine Betrachtungen ziemlich skeptisch ausgefallen sind. Ich betrachtete es als meine Aufgabe, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, mit denen eine Bundesfinanzreform zu rechnen hat. Nicht nur die Bundesfinanzreform, sondern jede Finanzreform. Aus der Finanzgeschichte wissen wir, dass das, was «Reform» genannt wird, sehr oft diesen Namen nicht verdient, wenn man mit wissenschaftlichen Massstäben misst oder wenn das Neue mit dem Bisherigen verglichen wird.

Die grossen Erwartungen, die gewöhnlich an eine Finanzreform geknüpft werden und die erfahrungsgemäss nie restlos zu erfüllen sind, führen oft zu einer Enttäuschung. Enttäuschte Hoffnungen können in einer Demokratie mit Volksbefragung einem mühsam zustande gebrachten Kompromisswerk, das eine Finanzreform immer ist, leicht gefährlich werden.

Man wird mir vielleicht einen Vorwurf machen, dass ich über Grundprobleme der Bundesfinanzreform gesprochen habe, ohne die Forderung nach Rückkehr zur Verfassung an erster Stelle zu nennen. Ich habe es nicht gemacht, weil ich die Rückkehr zur Verfassungsmässigkeit als eine Selbstverständlichkeit betrachte. Die Rückkehr zur Verfassung erfordert die Zustimmung des Volkes zu den kommenden Reformvorlagen. Darum scheint es mir wichtig zu sein, dass wir uns über die zu überwindenden Schwierigkeiten klar sind, dass wir uns keinen zu grossen Illusionen hingeben und dass in möglichst breiter Öffentlichkeit das Pflichtbewusstsein für das finanzpolitisch Notwendige, aber auch das Verständnis für das wirtschaftlich Tragbare geweckt werden. Die erste Voraussetzung jeder Finanzreform ist ein Wandel der Finanzgesinnung. Liegen Anzeichen für einen Wandel der Finanzgesinnung in der Schweiz vor? Auf diese Frage werden wir morgen die Antwort hören.

Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes
1935 und 1936*)

(in Millionen Franken)

1 Rechnungen	1935			1936		
	Ein- nahmen	Aus- gaben	Über- schuss	Ein- nahmen	Aus- gaben	Über- schuss
1	2	3	4	5	6	7
Allgemeine Bundesverwaltung						
Verwaltungsrechnung	485,4	504,0	—18,6	513,7	540,4	—26,7
Kapitalrechnung	45,4	24,0	21,4	48,1	94,8	—46,7
Staatsrechnung	530,8	528,0	2,8	561,8	635,2	—73,4
Fondsrechnungen	41,7	22,2	19,5	64,4	28,2	36,2
Allgemeine Bundesverwaltung	572,5	550,2	22,3	626,2	663,4	—37,2
Pulververwaltung						
Betriebsrechnung	0,3	0,2	0,1	0,3	0,2	0,1
Landwirtschaftliche Regiebetriebe						
Betriebsrechnungen	0,4	2,1	—1,7	0,4	2,0	—1,6
Münzstätte						
Betriebsrechnung	15,0	8,6	6,4	1,8	0,4	1,4
Gewinn- und Verlustrechnung	6,5	0,2	6,3	1,5	0,1	1,4
Getreideverwaltung ¹⁾						
Betriebsrechnung	36,1	63,5	—27,4	42,1	70,6	—28,5
Gewinn- und Verlustrechnung	0,0	28,7	—28,7	0,1	29,9	—29,8
Alkoholverwaltung ²⁾						
Betriebsrechnung	11,2	19,6	—8,4	15,3	10,3	5,0
Post-, Telegraphen- und Telephon- verwaltung						
Betriebsrechnung Post	149,9	131,6	18,3	147,3	126,7	20,6
Betriebsrechnung Telegraph und Telephon	113,0	59,6	53,4	117,1	60,1	57,0
Gewinn- und Verlustrechnung	90,0	79,9	10,1 ³⁾	96,6	71,1	25,5 ⁴⁾
Kapitalrechnung	39,5	17,8	21,7	31,8	18,6	13,2
Schweizerische Bundesbahnen						
Betriebsrechnung	314,8	240,4	74,4	291,3	224,7	66,6
Gewinn- und Verlustrechnung ⁵⁾	100,9	159,6	—58,7	95,3	163,0	—67,7

¹⁾ Rechnung 1934/35 und 1935/36. — ²⁾ Rechnung 1935/36 und 1936/37.

³⁾ Ablieferung an die Eidgenössische Staatskasse 10,0 Millionen Franken, Gewinnvortrag 0,1 Million Franken.

⁴⁾ Ablieferung an die Eidgenössische Staatskasse 20,0 Millionen Franken, Einlage in den Reservefonds 5,5 Millionen Franken.

⁵⁾ Ohne Passivsaldo aus alten Rechnungen und Passivsaldo auf neue Rechnung.

*) Zahlen nach der Staatsrechnung und den separaten Rechnungen, ohne Ausscheidung der Doppelzählungen. Die einzelnen Rechnungen dürfen nicht addiert werden.

Staatsrechnung des Bundes (in Millionen Franken)

2 Jahre	Verwaltungsrechnung			Kapitalrechnung			Überschuss der Staats- rechnung	Vermögen oder Verschuldung ⁴⁾
	Ein- nahmen	Aus- gaben	Über- schuss	Ein- nahmen ¹⁾	Aus- gaben ²⁾	Über- schuss		
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1913	100,5	105,8	— 5,3	13,0	21,2	— 8,2	— 13,5	102,5
1914	78,8	101,3	— 22,5	15,6	125,9	— 110,3	— 132,8	— 30,3
1915	78,0	99,5	— 21,5	14,9	202,8	— 187,9	— 209,4	— 239,7
1916	93,5	110,1	— 16,6	102,8	227,2	— 124,4	— 141,0	— 380,7
1917	96,5	147,2	— 50,7	145,9	310,6	— 164,7	— 215,4	— 596,2
1918	108,8	170,7	— 61,9	161,9	365,2	— 203,3	— 265,2	— 861,4
1919	149,8	245,5	— 95,7	273,3	402,5	— 129,2	— 224,9	— 1086,3
1920	177,4	276,9	— 99,5	123,3	111,3	12,0	— 87,5	— 1173,8
1921	189,6	317,2	— 127,6	119,2	209,6	— 90,4	— 218,0	— 1391,8
1922	235,5	314,9	— 79,4	129,9	103,0	26,9	— 52,5	— 1444,3
1923	253,4	298,9	— 45,5	91,4	112,6	— 21,2	— 66,7	— 1511,0
1924	282,9	304,5	— 21,6	66,8	88,7	— 21,9	— 43,5	— 1554,5
1925	299,0	308,0	— 9,0	75,9	79,0	— 3,1	— 12,1	— 1566,6
1926	313,8	323,2	— 9,4	100,6	49,5	51,1	41,7	— 1524,9
1927	331,3	332,9	— 1,6	54,6	32,0	22,6	21,0	— 1503,9
1928	383,1	359,3	23,8	44,6	39,1	5,5	29,3	— 1474,6
1929	396,0	372,0	24,0	51,0	44,3	6,7	30,7	— 1443,9
1930	433,1	426,4	6,7	151,1	120,4	30,7	37,4	— 1406,5
1931	428,4	426,2	2,2	83,7	18,3	65,4	67,6	— 1338,9
1932	419,9	444,1	— 24,2	73,9	32,5	41,4	17,2	— 1321,7
1933	409,8	482,0	— 72,2	64,5	29,9	34,6	— 37,6	— 1359,3
1934	453,6	480,2	— 26,6	94,0	49,4	44,6	18,0	— 1341,3
1935	485,4	504,0	— 18,6	45,4	24,0	21,4	2,8	— 1338,5
1936	513,8	540,5	— 26,7	48,1	94,8 ³⁾	— 46,7	— 73,4	— 1411,9

1) Hauptsächlich Einnahmen aus Kriegssteuern, Entnahmen aus Reserven, Verrechnungen.

2) Hauptsächlich Mobilisationskosten, ausserordentliche Subventionen, Abschreibungen, Tilgungen, Verrechnungen.

3) Inklusive 50 Millionen Abschreibungen an der Beteiligung des Bundes am Genossenschaftskapital der Schweizerischen Volksbank.

4) Im Gegensatz zu Tabelle 7 sind hier Reserven und Rückstellungen für spätere Fälligkeiten nicht berücksichtigt.

Jahr	Verschuldung ohne Abzug der Reserven und Rückstellungen	Reserven	Rückstellungen für spätere Fälligkeiten	Nettoverschuldung (laut Tabelle 7)
in Millionen Franken				
1920	1173,8	25,2	—	1148,6
1932	1321,7	61,8	32,1	1227,8
1933	1359,3	48,0	8,1	1303,2
1934	1341,3	—	42,1	1299,2
1935	1338,5	—	37,8	1300,7
1936	1411,9	—	38,2	1373,7

Ausgewählte Einnahmen des Bundes
(in Millionen Franken)

3 Jahre	Verwaltungsrechnung							Kriegs- und Kriegs-gewinn-steuer ⁴⁾
	Total	Ertrag der Kapitalien und Liegen-schaften ¹⁾	Zollverwaltung			Stempel-abgaben ²⁾	Krisen-abgabe ³⁾	
			Total ²⁾	Tabakzoll ²⁾	Benzinzoll ⁴⁾			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1913	100,5	6,6	85,1	3,1	0,1	—	—	—
1914	78,8	5,7	65,1	3,5	0,0	—	—	—
1915	78,0	9,1	54,8	3,0	0,0	—	—	—
1916	93,5	13,9	60,1	4,0	0,0	—	—	56,5
1917	96,5	20,7	52,2	2,7	0,0	—	—	114,6
1918	108,8	28,0	44,0	1,9	0,0	9,1	—	178,9
1919	149,8	41,6	67,6	4,2	0,1	15,7	—	193,2
1920	177,4	35,7	98,0	11,4	0,1	17,2	—	131,1
1921	189,6	33,8	117,1	5,3	0,9	16,2	—	70,0
1922	235,5	28,8	163,7	11,6	4,6	24,0	—	108,1
1923	253,4	24,9	183,0	12,6	5,5	27,5	—	30,8
1924	282,9	24,4	205,1	15,1	6,5	31,2	—	25,2
1925	299,0	25,8	217,4	20,3	13,9	34,5	—	19,7
1926	313,8	25,1	226,3	19,5	16,7	42,0	—	119,7
1927	331,3	27,0	234,1	22,3	20,8	47,6	—	27,8
1928	383,1	29,2	257,9	22,2	26,0	68,9	—	15,9
1929	396,0	28,1	277,0	22,8	30,7	64,0	—	39,9
1930	433,1	33,3	305,8	26,5	35,0	66,7	—	136,5
1931	428,4	31,1	314,8	27,4	39,9	58,5	—	27,0
1932	419,9	29,0	321,7	26,5	44,8	44,7	—	22,7
1933	409,8	25,3	306,7	27,9	42,7	40,9	—	10,6
1934	453,6	24,1	315,5	39,0	47,9	43,7	18,4	2,4
1935	485,4	25,8	329,3	41,3	55,4	43,5	31,0	1,0
1936	513,7	29,6	320,5	41,3	58,4	49,5	29,7	0,6

¹⁾ Der Ertrag der Kapitalien und Liegenschaften umfasst:

- a) angelegte Kapitalien (Wertschriften, Bank- und andere Guthaben, Münzreservfonds);
- b) Betriebskapitalien (Post, Telegraph- und Telephonverwaltung, Getreideverwaltung, Münzstätte etc.);
- c) die vom Finanz- und Zolldepartement verwalteten Liegenschaften.

²⁾ Gesamteinnahmen der Zollverwaltung, inklusive Getränkesteuer etc.

³⁾ Gesamte fiskalische Belastung des Tabaks, inklusive Bezugskosten für Tabakzölle in den Jahren 1926 bis 1934.

⁴⁾ Bruttoertrag, d. h. inklusive Benzinzollviertel.

⁵⁾ Ohne den Anteil der Kantone.

⁶⁾ Rothertrag aller eidgenössischen Kriegssteuern (Kriegssteuer, neue ausserordentliche Kriegssteuer, Kriegsgewinn-steuer) für den Bund, inklusive Verwaltungskosten und Überweisung an den Fonds für Arbeitslosenfürsorge. Die Abrechnung Ende 1935 stellte sich wie folgt:

Dem Mobilisationskonto überwiesen	1214,2 Millionen Franken
Fonds für Arbeitslosenfürsorge	110,1 » »
Verwaltungskosten	7,3 » »
Gesamtrothertrag für den Bund	1331,6 Millionen Franken

Ausgaben der Verwaltungs- (in 1000

4 Jahre	Schuldendienst			Subventionen		Landesverteidigung	
	Verzinsung	Tilgung	Total	Direkte Beiträge	Einlagen in Fonds ¹⁾	Wehrwesen ohne Personal ²⁾	Personal der milit. Regiebetriebe ³⁾
1	2	3	4	5	6	7	8
1913	4 245	4 930	9 175	21 923	1 908	32 321	4 339
1914	5 407	5 545	10 952	20 654	1 720	23 000	5 000
1915	15 566	3 136	18 702	19 814	1 011	22 500	4 000
1916	26 952	4 760	31 712	17 137	737	22 000	4 000
1917	43 452	6 902	50 354	18 347	582	23 000	5 000
1918	51 754	8 177	59 931	21 897	761	23 000	5 000
1919	77 912	14 332	92 244	33 926	1 034	29 000	6 000
1920	80 847	12 544	93 391	34 930	1 548	34 000	9 000
1921	103 166	13 105	116 271	46 444	1 518	46 603	9 703
1922	109 653	9 572	119 225	58 551	1 530	47 273	9 913
1923	109 467	6 556	116 023	52 131	1 639	49 403	10 307
1924	113 521	6 484	120 005	50 716	1 317	49 868	10 647
1925	113 137	3 421	116 558	55 211	1 307	54 628	10 376
1926	109 242	2 658	111 900	57 897	20 599	53 800	10 518
1927	109 519	2 473	111 992	62 202	23 298	52 230	10 569
1928	109 015	19 329	128 344	68 270	23 484	54 050	10 218
1929	107 694	6 942	114 636	86 467	25 763	55 944	9 868
1930	109 922	13 737	123 659	108 636	30 605	65 248	9 886
1931	96 990	14 620	111 610	122 627	29 903	58 681	9 908
1932	88 011	15 938	103 949	145 627	28 300	59 501	10 312
1933	85 415	19 086	104 501	185 985	28 992	56 312	10 407
1934	88 294	20 366	108 660	208 064	2 977	59 026	8 130
1935	88 895	30 360	119 255	209 721	1 900	61 590	8 876
1936	91 522	33 413	124 935	203 375	2 994	63 975	9 580

¹⁾ Für die Jahre 1933 bis 1936 setzt sich der Betrag wie folgt zusammen (Summen in 1000 Fr.):

Einlagen in	1933	1934	1935	1936
Grundbuchvermessungsfonds	2 010	1900	1858	1360
Fonds für Verbesserungen im Strafvollzug	50	—	—	—
Fonds für Alters- und Hinterlassenenversicherung	26 830	—	—	—
Reservfonds für Leibesübungen	23	22	19	15
Kunstfonds	39	0	—	0
Fonds für angewandte Kunst	22	12	3	1
Cadonafonds	17	16	20	20
Reservfonds für Bodenverbesserungen	—	1027	—	70
Fonds für die Alpenstrassen	—	—	—	1483
Fonds zum Schutze des Weinbaues	—	—	—	45
Total	28 992	2977	1900	2994

rechnung des Bundes
Franken)

Personalausgaben				Liegens- schaften *)	Übrige Ausgaben ?)	Total	Jahre
Besoldungen und Löhne *)	Ver- sicherungs- kasse	Übrige Personal- ausgaben	Total				
9	10	11	12	13	14	15	16
16 560	1 000	2 175	19 735	4 521	11 917	105 839	1913
16 500 ⁵⁾	1 000	2 000 ⁵⁾	19 500	4 900	15 616	101 342	1914
18 200 ⁵⁾	—	2 200 ⁵⁾	20 400	4 500	8 606	99 533	1915
21 700 ⁵⁾	—	2 500 ⁵⁾	24 200	4 000	6 329	110 115	1916
24 400 ⁵⁾	—	2 700 ⁵⁾	27 100	4 400	18 469	147 252	1917
30 600 ⁵⁾	—	4 000 ⁵⁾	34 600	6 600	18 910	170 699	1918
38 500 ⁵⁾	1 000	3 000 ⁵⁾	42 500	8 300	32 491	245 495	1919
47 600 ⁵⁾	1 000	4 000 ⁵⁾	52 600	11 500	39 928	276 897	1920
48 014	3 843	4 043	55 900	8 594	32 170	317 203	1921
45 150	3 193	3 857	52 200	10 117	16 050	314 859	1922
43 470	3 005	2 959	49 434	8 947	11 029	298 913	1923
43 746	3 752	3 277	50 775	10 484	10 659	304 471	1924
44 675	3 592	3 287	51 554	9 368	8 972	307 974	1925
44 536	3 957	3 286	51 779	7 054	9 595	323 142	1926
45 509	5 669	3 225	54 403	8 299	9 907	332 900	1927
47 503	5 823	3 010	56 336	8 492	10 164	359 358	1928
48 860	6 015	3 372	58 247	9 529	11 512	371 966	1929
50 747	6 219	3 761	60 727	12 002	15 611	426 374	1930
53 429	6 216	3 830	63 475	13 605	16 336	426 145	1931
53 729	6 330	3 773	63 832	14 151	18 410	444 082	1932
54 888	6 428	3 723	65 039	13 336	17 489	482 061	1933
54 809	6 295	3 947	65 051	12 356	15 982	480 246	1934
56 421	6 615	3 959	66 995	12 499	23 160	503 996	1935
54 764	6 369	4 090	65 223	11 900	58 416	540 398	1936

*) Ohne die Kosten für das Verwaltungs- und Instruktionspersonal und ohne militärische Regiebetriebe.

*) Inklusive Einlage in den Deckungsfonds der Militärversicherung. Diese Einlage, die 1933 1,1 Millionen Franken betrug, wurde 1934 sistiert.

*) Besoldungen, Löhne, Gehälter und Zulagen

*) Die Zahlen für 1914 bis 1920 beruhen auf Schätzungen.

*) Neubauten, Umbauten, Unterhalt, Miete, Heizung, Beleuchtung, Reinigung usw.

*) Zuschüsse an landwirtschaftliche Versuchs- und Untersuchungsanstalten, verschiedene Verwaltungskosten, in den Jahren 1914 bis 1922 Defizite der Postverwaltung, 1919 Defizit der Telegraphen- und Telefonverwaltung, 1913/14 Einlagen in den Versicherungsfonds, seit 1930 Rheinregulierung Basel-Strassburg, 1935 und 1936 je 8 Millionen für Sanierung der Bundesbahnen, 1936 35 Millionen Einlage in den Eisenbahnfonds.

Ausbezahlte Bundessubventionen

Quellen: 1850—1905 eidgenössische Staatsrechnungen,
(in 1000

5 Jahre	Strassen, Gewässer, Korrekturen 1)	Landwirtschaft		Alkohol- verwaltung 4)	Getreide- verwaltung 5)	Unterricht	
		ordentliche Subventionen 2)	Stützungs- aktionen 3)			Total 6)	davon Primar- schule
1	2	3	4	5	6	7	8
1850	—	—	—	—	—	—	—
1855	15	—	—	—	—	—	—
1865	828	20	—	—	—	—	—
1874	1 221	32	—	—	—	20	—
1875	1 751	32	—	—	—	20	—
1885	1 291	212	—	—	—	190	—
1895	3 746	1 549	—	—	—	838	—
1900	4 188	2 404	—	—	—	1 484	—
1905	3 485	3 026	—	—	—	4 161	2 084
1913	5 875	4 430	—	—	—	5 844	2 404
1914	5 112	4 929	—	—	—	5 882	2 369
1915	4 549	3 671	—	—	—	5 323	2 369
1916	3 199	3 582	—	—	—	5 061	2 369
1917	3 231	4 077	—	—	85	5 409	2 375
1918	2 877	5 388	—	—	95	6 186	2 378
1919	3 387	7 937	—	—	103	7 318	2 378
1920	5 724	13 781	—	—	100	8 020	2 378
1921	7 476	19 204	—	—	4 429	8 725	2 378
1922	7 629	14 557	25 989	—	9 156	9 244	2 464
1923	7 002	11 483	1 609	—	16 862	9 107	2 463
1924	5 932	9 642	156	—	6 723	8 551	2 463
1925	10 078	9 435	159	683	6 328	9 127	2 463
1926	9 739	9 092	1 458	1 071	8 821	9 205	2 465
1927	9 776	8 681	648	896	7 225	9 401	2 468
1928	11 820	8 946	1 372	722	11 658	9 791	2 472
1929	15 572	10 855	4 100	1 516	5 748	9 914	2 476
1930	15 554	11 198	7 813	1 172	16 371	10 857	2 962
1931	17 025	12 148	8 161	1 891	17 065	14 928	4 632
1932	18 261	12 824	12 239	2 508	21 881	14 456	4 632
1933	18 037	14 229	35 661	17 132	24 210	13 553	4 628
1934	19 194	11 606	51 799	11 970	34 994	11 979	3 710
1935	18 650	11 119	55 277	14 033	33 567	11 617	3 722

1) Strassen, Brücken, Korrekturen, Verbauungen, gesetzlicher Beitrag an den Unterhalt der internationalen Alpenstrassen und Benzinollviertel.

2) Landwirtschaftlicher Unterricht, Versuchsstationen, Bodenverbesserungen, Pferde-, Rindvieh- und Kleinviehzucht, Viehseuchenbekämpfung, landwirtschaftliche Versicherungen usw.

3) Milchproduzenten, Viehhaltung, Notstandsaktionen.

4) Förderung der Kartoffel- und Obstverwertung und des Tafelobstbaues, Überpreis auf Kernobstbranntwein und Melassespiritus.

5) Überpreis für Inlandgetreide, Mahlprämien, Saatgutverbesserung, Mahleinrichtungen im Gebirge, Transportkostenverbilligung.

6) Neben Primarschulsubvention insbesondere berufliches Bildungswesen.

und gesetzliche Anteile seit 1850

1913—1935 eidgenössische Subventionsstatistik

(Franken)

Sozialpolitik			Stützungs- aktionen (ohne Land- wirtschaft) 9)	Übrige Subventionen 10)	Total Subventionen	Gesetzliche Anteile 11)	Jahre
Kranken-, Unfall-, Lebens- versicherung 7)	Arbeitslosen- versicherung	Total 8)					
9	10	11	12	13	14	15	16
—	—	—	—	—	—	—	1850
—	—	—	—	—	15	—	1855
—	—	16	—	48	912	—	1865
—	—	12	—	105	1 390	335	1874
—	—	12	—	97	1 912	966	1875
—	—	70	—	390	2 153	1 235	1885
—	—	143	—	1 266	7 542	6 513	1895
—	—	148	—	4 085	12 309	8 559	1900
—	—	155	—	2 522	13 349	8 853	1905
341	—	523	—	8 156	24 828	12 653	1913
946	—	1 139	—	4 390	21 452	12 175	1914
2 193	—	2 426	—	3 919	19 888	15 493	1915
2 390	—	4 061	—	3 186	19 089	28 035	1916
2 685	—	11 483	—	3 174	27 459	25 894	1917
4 873	—	31 265	—	4 704	50 515	32 122	1918
10 676	3 828	65 571	—	8 269	92 585	37 741	1919
8 191	6 646	59 342	—	8 317	95 284	47 622	1920
11 936	21 388	54 794	—	8 885	103 513	25 613	1921
12 460	34 004	74 304	7 501	18 511	166 891	41 283	1922
11 158	12 122	46 002	9 750	13 448	115 263	25 551	1923
12 193	2 518	33 827	3 750	12 278	80 859	25 995	1924
29 504	1 189	41 922	1 001	15 404	94 137	26 739	1925
15 748	824	26 450	287	15 234	81 357	55 184	1926
14 897	1 439	20 990	—	14 363	71 980	36 072	1927
17 308	2 500	22 695	—	14 534	81 538	39 123	1928
16 995	2 000	21 587	750	16 200	86 242	44 394	1929
17 998	3 200	23 971	148	18 492	105 576	69 505	1930
17 499	14 895	35 729	6 750	18 070	131 767	39 174	1931
17 168	25 101	46 545	2 943	19 490	151 147	34 676	1932
16 519	35 994	59 743	3 596	18 526	204 687	29 378	1933
14 376	34 001	63 775	22 829	17 227	245 373	33 949	1934
14 244	29 001	64 366	1 669	17 221	227 519	41 579	1935

7) Inklusive einmaliger Bundesbeitrag an die bei deutschen Lebensversicherungsgesellschaften Versicherten von 13,7 Millionen Franken im Jahre 1925.

8) Spalte 9 und 10 zuzüglich: Arbeitsnachweis, Arbeiterschutz, Gemeinnützigkeit, Armenfürsorge, Verbilligung der Lebenskosten, Arbeitsbeschaffung u. a. m.

9) Uhren-, Stickerindustrie, Hotellerie, Exportrisikogarantie; 1934: Abschreibung der Aktien der Schweizerischen Diskontbank in Genf 20 Millionen Franken, u. a. m.

10) Jagd, Fischerei, Forstwesen, Grundbuchvermessung, Wissenschaft, Kunst, Gesundheits-, Militär- und Sportwesen, Handel, Industrie, Verkehr, Polizei, Politik.

11) Alkoholmonopol, Nationalbank, Handelsreisendenpatente, Handelsregistergebühren, Stempelabgaben, Kriegsteuern, Krisenabgabe, Militärfüchtersatz.

**Auswirkung des Fiskalnotrechts auf die Verwaltungsrechnung des Bundes
in den Jahren 1934—1936**
(in Millionen Franken)

6	Massnahmen der Finanzprogramme I und II	1934	1935	1936
1	2	3	4	5
I. Neue Belastungen und Zuschläge:				
Krisenabgabe	18,4	31,0	29,8	
Stempelabgaben	7,1	8,2	14,6	
Tabak ¹⁾	12,2	14,5	14,5	
Gebrannte Wasser	2,0	—	—	
Getränkesteuer	—	16,4	19,2	
Erhöhung des Zuckerzolls	—	8,9	16,8	
Erhöhung der Zölle auf Motorentreibstoffen	—	10,8	17,4	
Preiszuschläge auf Speiseölen und Speisefetten	—	1,6	9,9	
Zollquittungsstempel	—	—	7,3	
	39,7	91,4	129,5	
II. Fonds:				
Entnahmen aus Fonds für Altersversicherung	—	—	8,0	
Entnahmen aus Versicherungsfonds	—	—	1,0	
Ertrag der Kapitalanlage diverser Fonds	—	—	6,4	
	—	—	15,4	
III. Einsparungen:				
Bundesbeiträge	11,3	10,7	20,0	
Alters- und Hinterlassenenversicherung ²⁾	19,8	19,8	19,8	
Wehrwesen	2,2	1,6	2,8	
Liegenschaften	1,0	0,8	1,4	
Personalaufwand (ohne P. T. T.)	3,4 ³⁾	3,5	6,3	
Sach- und Verwaltungsausgaben	1,5	1,5	1,4	
Spezialfonds	—	—	4,2	
	39,2	37,9	55,9	
Totalauswirkung (I—III) ⁴⁾	78,9	129,3	200,8	

¹⁾ Durch Art. 29 des Finanzprogramms I wurde der Bund von der in Art. 34quater BV vorgeschriebenen Pflicht, den gesamten Ertrag der Fiskalbelastung des Tabaks für die Alters- und Hinterlassenenversicherung zu verwenden, entbunden. Gleichzeitig wurde bestimmt, die Fiskalbelastung des Tabaks solle jährlich mindestens 40 Millionen Franken abwerfen. Zu diesem Zwecke wurden die Zölle erhöht und eine Fabrikationssteuer eingeführt. Die hier angeführten Summen betreffen nur die durch das Fiskalnotrecht geschaffenen Mehreinnahmen. Insgesamt erreichte der Ertrag der fiskalischen Belastung des Tabaks 1934 39,0 Millionen Franken, 1935 41,3 Millionen Franken und 1936 41,3 Millionen Franken.

²⁾ Siehe auch ¹⁾. Ertrag der Fiskalbelastung des Tabaks zu den Ansätzen vor 1934, abzüglich der Beitragsleistungen des Bundes zur Unterstützung bedürftiger Greise, Witwen und Waisen.

³⁾ Laut Geschäftsbericht des Bundesrates 1934, S. 572.

⁴⁾ Nur die Auswirkungen auf die allgemeine Bundesverwaltung. Ausserdem ergaben sich für die PTT Einsparungen auf dem Personal (1934 5,6 Mill. Fr., 1935 6,0 Mill. Fr. und 1936 18,5 Mill. Fr.) und auf den Liegenschaften (1935 3,0 Mill. Fr.). Die SBB verzeichnen ebenfalls Einsparungen auf dem Personal (1935 9,0 und 1936 18,5 Mill. Fr.) und den Sach- und Verwaltungsausgaben (1936 4,6 Mill. Fr.). Weitere Einsparungen wurden bei den Personalversicherungskassen des Bundes (1936 3,6 Mill. Fr.) und den selbständigen Anstalten (0,6 Mill. Fr.) erzielt. An den eidgenössischen Stempel- und Krisenabgaben waren die Kantone 1934 mit 14,0 Millionen Franken, 1935 mit 22,8 Millionen Franken und 1936 mit 23,5 Millionen Franken beteiligt. Durch die Besteuerung der gebrannten Wasser erzielte die Alkoholverwaltung 1936 1,8 Millionen Franken Mehreinnahmen. Die Gesamtauswirkung des Fiskalnotrechts erhöhte sich demzufolge im Jahre 1936 um 64,7 auf 265,5 Millionen Franken.

Vermögenslage des Bundes
(in Millionen Franken)

7 Vermögensrechnung, Verwaltung	1920	1932	1933	1934	1935	1936
1	2	3	4	5	6	7
Allgemeine Bundesverwaltung						
Vermögen	1100,1	1244,9	1280,4	1339,2	1382,1	1844,3
Schulden	2248,7	2472,7	2583,6	2638,4	2682,8	3218,0
Überschuldung	1148,6	1227,8	1303,2	1299,2	1300,7	1373,7
Post-, Telegraphen- und Telefonverwaltung						
Anlagevermögen	178,6	396,9	398,2	394,5	388,0	373,5
Betriebsvermögen	197,2	325,4	339,6	367,6	351,5	420,0
Gesamtvermögen	375,8	722,3	737,8	762,1	739,5	793,5
Schulden	373,9	696,6	710,4	733,1	714,8	762,3
Reinvermögen	1,9	25,7	27,4	29,0	24,7	31,2
Schweizerische Bundesbahnen						
Anlagevermögen	1742,7	2586,5	2613,0	2626,9	2635,2	2635,3
Betriebsvermögen	263,8	141,2	121,5	111,9	109,8	108,8
Gesamtvermögen	2006,5	2727,7	2734,5	2738,8	2745,0	2744,1
Schulden	2204,0	2985,7	3039,1	3079,7	3144,5	3200,7
Überschuldung	197,5	258,0	304,6	340,9	399,5	456,6
Bund im gesamten						
Vermögen	3482,4	4694,9	4752,7	4840,1	4866,6	5381,9
Schulden	4826,6	6155,0	6333,1	6451,2	6542,1	7181,0
Überschuldung	1344,2	1460,1	1580,4	1611,1	1675,5	1799,1
Versicherungstechnische Defizite der Pensionskassen						
Allg. Bundesverwaltung	—	309,8	317,9	319,5	319,9	323,5
Bundesbahnen	144,4	349,4	362,3	362,7	377,1	382,8
Im ganzen	144,4	659,2	680,2	682,2	697,0	706,3

Gliederung der Bundesschuld
(in Millionen Franken)

Verwaltung	1920	1932	1933	1934	1935	1936
1	2	3	4	5	6	7
Langfristige Schulden						
Allg. Bundesverwaltung	1605,9	1702,0	1722,5	1763,8	1752,9	2251,4
P. T. T.	209,8	332,0	326,3	320,0	310,0	284,0
Bundesbahnen	1800,1	2862,3	2852,7	2946,6	2934,1	2921,9
Total	3615,8	4896,3	4901,5	5030,4	4997,0	5457,3
Kurzfristige Schulden						
Allg. Bundesverwaltung	642,8	770,7	861,1	874,6	929,9	966,6
P. T. T.	164,1	364,6	384,1	413,1	404,8	478,3
Bundesbahnen	403,9	123,4	186,4	133,1	210,4	278,8
Total	1210,8	1258,7	1431,6	1420,8	1545,1	1723,7

Abschlüsse der kantonalen Verwaltungsrechnungen und öffentliche Schuld (in 1000 Franken)

Die Verwaltungsrechnungen geben nur ein unvollständiges Bild der Finanzgebarung, da viele Kantone bedeutende Einnahmen und Ausgaben über Kapital- oder Spezialrechnungen verbuchen. Ausserdem erfolgt die Rechnungsablegung der Kantone nicht nach einheitlichen Grundsätzen. Bei zeitlichen Vergleichen ist zu beachten, dass in frühern Jahren die kantonalen Verwaltungsrechnungen in starkem Masse Nettozahlen enthielten, während heute das Bruttoprinzip entschieden vorherrscht. Die Einnahmen und Ausgaben der Vorkriegsjahre erscheinen daher, verglichen mit den Ergebnissen der spätern Jahre, zu klein.

8 Jahre	Verwaltungsrechnungen			Budget- überschuss	Öffentliche Schuld ¹⁾		
	Einnahmen	Ausgaben	Überschuss		Anleihen	Schwebende Schuld	Total
	Fr.	Fr.	Fr.		Fr.	Fr.	Fr.
1	2	3	4	5	6	7	8
1900	121 038	121 646	— 608	— 6 473	376 257	—	—
1910	185 455	188 442	— 2 987	— 10 874	611 418	—	—
1913	221 191	222 128	— 937	— 14 694	796 971	33 470	830 441
1914	227 341	237 987	— 10 646	— 14 491	816 044	—	—
1915	197 775	208 375	— 10 600	— 20 733	871 956	—	—
1916	241 262	248 775	— 7 513	— 24 504	915 628	—	—
1917	298 441	306 930	— 8 489	— 24 606	917 887	—	—
1918	360 402	406 929	— 46 527	— 33 776	983 200	—	—
1919	400 929	478 669	— 77 740	— 78 950	1 100 075	119 632	1 219 707
1920	475 692	525 360	— 49 668	— 86 120	1 233 709	160 517	1 394 226
1921	499 253	544 265	— 45 012	— 47 040	1 365 395	149 010	1 514 405
1922	513 298	553 828	— 40 530	— 60 837	1 381 256	171 723	1 552 979
1923	505 022	528 185	— 23 163	— 64 355	1 413 633	161 554	1 575 187
1924	510 991	518 194	— 7 203	— 37 641	1 488 716	106 617	1 595 333
1925	520 653	524 607	— 3 954	— 16 756	1 532 738	61 662	1 594 400
1926	534 211	541 260	— 7 049	— 18 672	1 548 016	75 477	1 623 493
1927	553 374	550 635	2 739	— 20 734	1 572 053	68 376	1 640 429
1928	593 040	579 258	13 782	— 15 165	1 574 334	66 006	1 640 340
1929	633 086	619 212	13 874	— 10 470	1 554 031	75 379	1 629 410
1930	642 218	638 195	4 023	— 11 558	1 562 389	86 610	1 648 999
1931	655 432	672 252	— 16 820	— 17 589	1 576 696	103 737	1 680 433
1932	652 079	690 431	— 38 352	— 27 740	1 575 281	136 048	1 711 329
1933	634 713	685 448	— 50 735	— 58 679	1 637 589	146 586	1 784 175
1934	632 543	672 535	— 39 992	— 64 255	1 685 956	203 105	1 889 061
1935	632 026	667 195	— 35 169	— 39 808	1 738 765	215 517	1 954 282
1936	635 392	668 370	— 32 978	— 33 152	1 827 876	175 086	2 002 962
1937	.	.	.	— 35 894	.	.	.

¹⁾ Quellen: Schweizerisches Finanzjahrbuch. Bulletins des Schweizerischen Bankvereins.

Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben der Kantone 1936

9 Kantone	Einnahmen (1000 Franken)				Ausgaben (1000 Franken)		
	Kantonale Steuern Fr.	Anteile und Bundessubventionen			Erziehungswesen Fr.	Bauwesen Fr.	Soziale Wohlfahrt Fr.
		Total Fr.	Anteile Fr.	Subventionen Fr.			
1	2	3	4	5	6	7	8
Alpen- und Voralpenkantone							
Uri	334	839	106	733	188	843	138
Schwyz	900	1 394	421	973	295	1 089	320
Obwalden	198	974	111	863	92	833	176
Nidwalden	205	527	149	378	61	382	60
Wallis	3 659	3 518	770	2 748	2 356	3 203	554
Tessin	7 772	5 702	968	4 734	4 315	8 677	2 033
Graubünden	6 371	6 978	933	6 045	2 231	6 669	1 032
Appenzell I.-Rh.	440	240	61	179	94	472	410
Mittelland-, Jura- und Voralpenkantone							
Waadt	19 297	6 996	2 499	4 497	9 726	9 064	3 643
Freiburg	4 901	2 634	933	1 701	3 495	2 991	751
Neuenburg	8 132	6 098	965	5 133	3 115	1 479	8 191
Bern	50 311	17 147	5 655	11 492	22 373	13 042	24 694
Solothurn	5 886	4 469	1 171	3 298	3 077	3 100	4 781
Baselland	4 275	2 254	827	1 427	2 000	2 807	2 854
Aargau	12 035	5 071	1 677	3 394	9 470	7 172	3 775
Luzern	7 759	3 811	1 407	2 404	4 105	4 012	4 169
Zug	1 289	1 052	355	697	520	694	408
Zürich	47 835	16 880	6 191	10 689	21 265	19 147	17 060
Schaffhausen	3 185	1 616	681	935	1 616	1 082	1 743
Thurgau	5 626	2 376	859	1 517	2 473	4 080	1 967
St. Gallen	9 084	5 806	2 049	3 757	3 998	4 907	4 516
Appenzell A.-Rh.	1 290	1 308	300	1 008	427	773	1 229
Glarus	2 031	1 508	455	1 053	806	991	1 189
Stadtkantone							
Genf	26 005	2 874	718 ¹⁾	2 156	8 979	8 413	7 852
Baselstadt	28 601	7 643	3 929	3 714	14 015	10 395	14 295
Schweiz	257 421	109 715	34 190	75 525	121 092	116 317	107 840

¹⁾ Ohne Anteil an der eidgenössischen Stempelabgabe (Fr. 516 000).

Abschlüsse der kantonalen Vermögensrechnungen 1926, 1930 bis 1936
(in Millionen Franken)

10 Jahre	Aktiven ¹⁾		Passiven			Über- schuss	Rein- vermögen oder Ver- schuldung ²⁾
	Total	davon echte Aktiven	Total	feste Schulden	Reserven		
1	2	3	4	5	6	7	8
a) Allgemeines Staatsgut							
1926.	1846	1768	1840	1540	18	6	— 54
1930.	2045	1971	1985	1566	68	60	54
1931.	2066	1963	2025	1575	59	41	— 3
1932.	2089	1968	2077	1596	57	12	— 52
1933.	2127	1983	2164	1689	42	— 37	— 139
1934.	2142	1965	2234	1734	41	— 92	— 228
1935.	2110	1943	2280	1767	35	— 170	— 302
1936.	2132	1953	2336	1826	43	— 204	— 340
b) Staatliche Spezialfonds							
1926.	234	234	31	10	1	203	204
1930.	304	304	37	10	8	267	275
1931.	315	315	38	10	7	277	284
1932.	330	330	39	9	8	291	299
1933.	337	337	42	8	9	295	304
1934.	346	346	50	8	10	296	306
1935.	350	350	52	8	10	298	308
1936.	362	362	59	18	10	303	313
c) Gesamtes Staatsvermögen							
1926.	2080	2002	1871	1550	19	209	150
1930.	2349	2275	2022	1576	76	327	329
1931.	2381	2278	2063	1585	66	318	281
1932.	2419	2298	2116	1605	65	303	247
1933.	2464	2320	2206	1697	51	258	165
1934.	2488	2311	2284	1742	51	204	78
1935.	2460	2293	2332	1775	45	128	6
1936.	2494	2315	2395	1844	53	99	— 27

¹⁾ Unter den Aktiven einzelner Kantone erscheinen Aufwendungen, die hauptsächlich auf Ausgaben für Bau- und Strassenwesen, Arbeitslosenfürsorge etc. zurückzuführen sind. Diese Bilanzposten, sogenannte unechte Aktiven oder zu tilgende Aufwendungen, stellen keine effektiven Vermögenswerte dar.

²⁾ Echte Aktiven abzüglich eigentliche Schulden (Passiven ohne Reserven).

Steuereinnahmen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden

(in 1000 Franken)

II Jahre	Total der Steuereinnahmen	Verteilung der Steuereinnahmen nach Steuerhoheiten			Verteilung der Steuereinnahmen nach Steuerarten		
		Bund ¹⁾	Kantone ²⁾	Gemeinden	Direkte Steuern ³⁾	Vermögensverkehrssteuern ⁴⁾	Besitz- und Konsumsteuern ⁵⁾
1	2	3	4	5	6	7	8
1900	143 808	47 627	49 242	46 939	80 661	14 404	48 743
1910	236 295	80 661	73 534	82 100	134 569	18 789	82 937
1913	268 395	84 099	85 328	98 968	160 126	21 300	86 969
1914	245 385	64 061	81 141	100 183	161 979	16 561	66 845
1915	234 277	53 217	79 888	101 172	161 649	16 388	56 240
1916	320 529	128 592 ⁶⁾	85 582	106 355	243 392 ⁶⁾	16 092	61 045
1917	385 563	173 963	97 334	114 266	313 612	19 851	52 100
1918	500 973	242 295 ⁷⁾	126 001	132 677	422 357 ⁷⁾	34 858	43 758
1919	607 520	292 304 ⁷⁾	148 654	166 562	509 243 ⁷⁾	50 168	68 109
1920	719 240	269 265 ⁷⁾	211 220	238 755	556 606 ⁷⁾	60 158	102 476
1921	666 756	212 073	206 616	248 067	488 034	53 482	125 240
1922	781 552	322 860 ⁸⁾	216 572	242 120	543 847 ⁸⁾	65 175	172 530
1923	717 792	251 675	219 612	246 505	451 265	72 065	194 462
1924	733 230	271 294	223 279	238 657	439 951	75 473	217 806
1925	746 812	280 947	225 490	240 375	436 752	77 199	232 861
1926	904 772	428 418 ⁸⁾	233 322	243 032	569 857 ⁸⁾	86 274	248 641
1927	814 704	324 281	247 811	242 612	462 830	95 697	256 177
1928	876 744	359 593	264 518	252 633	466 832	127 317	282 595
1929	940 310	399 554	278 695	262 061	512 768	125 107	302 435
1930	1 099 537	548 897 ⁸⁾	278 791	271 849	646 902 ⁸⁾	124 287	328 348
1931	962 795	410 292	279 103	273 400	509 594	114 998	338 203
1932	922 890	390 970 ⁹⁾	267 620	264 300	485 315 ⁹⁾	94 363	343 212
1933	876 887	361 888	260 999	254 000	455 395	87 533	333 959
1934	912 327	392 232 ¹⁰⁾	258 735	261 360	480 170 ¹⁰⁾	89 987	342 170
1935	947 857	426 871	261 626	259 360	502 730	88 743	356 384
1936	944 747	422 578	261 769	260 400	503 206	95 327	346 214

¹⁾ Inklusive Anteile der Kantone.

²⁾ Inklusive Anteile der Gemeinden.

³⁾ Vermögens-, Einkommens-, Personal- und Haushaltssteuern.

⁴⁾ Erbschafts- und Schenkungssteuern, Handänderungs-, Wertzuwachs- und Stempelsteuern.

⁵⁾ Automobil-, Hunde-, Vergütungs-, Wagen-, Billard-, Dienstboten-, Tabak-, Reklameplakat-, Wasserwerksteuern.

⁶⁾ Der Bezug der I. Kriegssteuer beginnt.

⁷⁾ Grösste Einnahmen aus der Kriegsgewinnsteuer.

⁸⁾ Ansteigen der Steuereinnahmen infolge der neuen ausserordentlichen Kriegssteuer.

⁹⁾ Bezug der letzten Rate der neuen ausserordentlichen Kriegssteuer.

¹⁰⁾ Inkrafttreten der eidgenössischen Krisenabgabe.

Einnahmen aus Steuern, Monopolen und Patentabgaben in der Schweiz 1936

(in 1000 Franken)

12	Art der Abgabe	Bund ¹⁾	Kantone ²⁾	Gemeinden ³⁾	Total
	1	2	3	4	5
	Steuern:				
	Vermögens-, Einkommenssteuern	4) 50 360	199 480	247 000	496 840
	Kopf-, Personalsteuern	—	2 366	4 000	6 366
	Erbschaftssteuer	—	18 377	2 000	20 377
	Handänderungssteuer	—	5 651	2 000	7 651
	Wertzuwachssteuer	—	—	1 500	1 500
	Stempelsteuer	5) 61 835	3 964	—	65 799
	Plakatsteuer	—	91	—	91
	Tabaksteuer	6) 17 966	139	—	18 105
	Wasserwerksteuer	—	596	—	596
	Automobilsteuer	—	26 117	150	26 267
	Hundesteuer	—	1 701	950	2 651
	Vergnügungssteuer	—	2 760	1 600	4 360
	Getränksteuer	19 200	284	—	19 484
	Diverse Besitz- und Aufwandsteuern	—	243	1 200	1 443
	Zölle:				
	Zucker	25 656	—	—	25 656
	Wein	23 064	—	—	23 064
	Gerste, Malz, Bier	12 631	—	—	12 631
	Benzin	7) 57 431	—	—	57 431
	Tabak	23 318	—	—	23 318
	Übrige Zölle ⁸⁾	131 117	—	—	131 117
	Total Steuern und Zölle	422 578	261 769	260 400	944 747
	Monopole:				
	Alkoholmonopol	—	—	—	—
	Salzregal	—	9 147	—	9 147
	Wasserregal	—	4 422	—	4 422
	Patentabgaben:				
	Wirtschafts- und Alkoholpatente	—	6 571	860	7 431
	Hausier- und Gewerbepatente	—	2 367	280	2 647
	Patenttaxen der Handelsreisenden	—	1 554	—	1 554
	Jagd-, Fischereipatente	—	1 859	—	1 859
	Total 1936	422 578	287 689	261 540	971 807
	1935	426 871	287 219	260 500	974 590
	1934	394 265	285 447	262 500	942 212
	1933	361 888	290 007	262 323	914 218

¹⁾ Inkl. Kantonsanteile. — ²⁾ Inkl. Gemeindeanteile. — ³⁾ Approximativ. — ⁴⁾ Davon Kantonsanteil Fr. 19 970 219. ⁵⁾ Davon Kantonsanteil Fr. 12 254 427. — ⁶⁾ Fabrikationsabgabe. — ⁷⁾ Davon an die Kantone Fr. 10 945 202. — ⁸⁾ Inbegriffen Zollquittungsstempel 7,3 Millionen Franken, aber ohne statistische Gebühr von 6,7 Millionen Franken.

Einnahmen aus Steuern, Monopolen und Patentabgaben in der Schweiz
1929—1936

(in 1000 Franken)

13 Jahre	Steuerhoheit	Vermögens- und Einkommen- steuern ¹⁾	Verbrauchs- abgaben, Zölle	Monopole und Regale	Total	Steuerverteilung in %		
		a	b	c		a	b	c
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1929	Bund	130 023	269 531	—	399 554			
	Kantone	250 176	38 402	20 218	308 796			
	Gemeinden	256 928	5 573	—	262 501			
	Total	637 127	313 506	20 218	970 851	66	32	2
1930	Bund	254 099	294 799	—	548 898			
	Kantone	249 826	40 972	20 811	311 609			
	Gemeinden	267 265	5 775	—	273 040			
	Total	771 190	341 546	20 811	1 133 547	68	30	2
1931	Bund	106 972	303 320	—	410 292			
	Kantone	248 820	42 443	20 230	311 493			
	Gemeinden	269 804	5 066	—	274 870			
	Total	625 596	350 829	20 230	996 655	63	35	2
1932	Bund	84 224	311 738	—	395 962			
	Kantone	235 555	44 443	20 337	300 335			
	Gemeinden	261 374	4 915	—	266 289			
	Total	581 153	361 096	20 337	962 586	60	38	2
1933	Bund	64 391	297 497	—	361 888			
	Kantone	229 036	43 738	17 233	290 007			
	Gemeinden	257 305	5 018	—	262 323			
	Total	550 732	346 253	17 233	914 218	60	38	2
1934	Bund	88 322	303 910	2 033	394 265			
	Kantone	227 335	43 619	14 493	285 447			
	Gemeinden*)	257 500	5 000	—	262 500			
	Total	573 157	352 529	16 526	942 212	61	37	2
1935	Bund	107 141	319 730	—	426 871			
	Kantone	228 832	44 976	13 411	287 219			
	Gemeinden*)	255 500	5 000	—	260 500			
	Total	591 473	369 706	13 411	974 590	61	38	1
1936	Bund	112 195	310 383	—	422 578			
	Kantone	229 838	44 282	13 569	287 689			
	Gemeinden*)	256 500	5 040	—	261 540			
	Total	598 533	359 705	13 569	971 807	62	37	1

*) Approximativ. — ¹⁾ Inkl. Vermögensverkehrssteuern.

Eidgenössische Krisenabgabe, I. und II. Periode

Rangordnung der Kantone nach Ertrag pro Kopf. Quelle: Statistik der eidgenössischen Steuerverwaltung

14 I. Periode ¹⁾			II. Periode ²⁾		
Kantone	Ertrag	pro Kopf	Kantone	Ertrag ³⁾	pro Kopf
	Fr.	Fr.		Fr.	Fr.
Baselstadt	13 539 600	87,3	Baselstadt	14 787 579	95,4
Glarus	1 742 333	48,9	Glarus	1 849 558	51,9
Genf	7 917 401	46,2	Schaffhausen	2 158 075	42,2
Schaffhausen	2 072 021	40,5	Zürich	26 011 200	42,1
Zürich	23 309 927	37,7	Genf	6 823 370	39,8
Nidwalden	344 168	22,9	Zug	1 018 683	29,6
Zug	733 766	21,3	Nidwalden	400 445	26,6
Waadt	6 245 847	18,8	Aargau	5 515 524	21,2
Aargau	4 723 936	18,2	Baselland	1 913 142	20,7
Bern	12 483 443	18,1	Bern	14 071 772	20,4
Solothurn	2 453 702	17,0	Waadt	6 316 255	19,0
Baselland	1 406 356	15,2	Solothurn	2 619 090	18,2
Neuenburg	1 856 124	14,9	Neuenburg	2 087 915	16,8
Luzern	2 188 152	11,6	Luzern	2 366 094	12,5
St. Gallen	3 105 095	10,8	Graubünden	1 493 586	11,8
Graubünden	1 160 982	9,2	St. Gallen	3 363 272	11,7
Schwyz	518 967	8,3	Appenzell A.-Rh.	445 805	9,1
Appenzell A.-Rh.	381 624	7,8	Schwyz	560 220	9,0
Thurgau	979 705	7,2	Thurgau ⁴⁾	1 185 198	8,7
Tessin	1 135 527	7,1	Tessin	1 270 759	8,0
Wallis	770 900	5,7	Freiburg	984 916	6,9
Freiburg	818 345	5,7	Wallis	884 889	6,5
Uri	97 572	4,3	Uri	117 816	5,1
Obwalden	70 641	3,6	Obwalden	68 773	3,5
Appenzell I.-Rh.	22 814	1,6	Appenzell I.-Rh.	29 473	2,1
Schweiz	90 078 948	22,2	Schweiz	98 343 409	24,2

¹⁾ I. Periode: Einschätzungsergebnisse 1935.

²⁾ II. Periode: Einschätzungsergebnisse 1937.

³⁾ Die Zunahme des Ertrages ist hauptsächlich auf Erhöhung der Ansätze zurückzuführen.

⁴⁾ Einschätzung noch nicht abgeschlossen.